

Internationale
Zeitschrift
für
Staatliche
Finanzkontrolle

Oktober 1999



Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Oktober 1999—Jahrgang 26, Nr. 4

© 1999 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7806, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanruf: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021, E-Mail: <chases@gao.gov>).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US\$ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der Zeitschrift zu richten — P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

1	Leitartikel
4	Kurzmitteilungen
10	Regionale Zusammenarbeit
12	Staatliche Rechnungskontrollbehörden in Bosnien-Herzegowina
15	Länderprofil: Tschechische Republik
18	Neuerscheinungen
19	INTOSAI-Intern

Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, Präsident, Rechnungshof, Österreich
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Emna Aouij, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Eduardo Roche Lander, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Linda L. Weeks (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda J. Sellavaag (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

William Woodley (Kanada)
Kiyoshi Okamoto (ASOSAI-Japan)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
EUROSAI Generalsekretariat (Spanien)
Khemais Hosni (Tunesien)
Cristina Rojas Valery (Venezuela)
INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)
U.S. General Accounting Office (USA)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Finanzen

U.S. General Accounting Office (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Guillermo Ramírez, Tribunal de Cuentas, Uruguay, Vorsitzender
Jong-Nam Lee, Chairman, Board of Audit and Inspection, Korea,
Erster stellvertretender Vorsitzender
Tawfik I. Tawfik, State Minister and President, General Audit
Bureau, Saudi-Arabien, Zweiter stellvertretender Vorsitzender
Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes, Republik Österreich,
Generalsekretär
Arah Armstrong, Director of Audit, Antigua und Barbuda
Iram de Almeida Saraiva, Ministro-Presidente do Tribunal de
Contas da União, Brasilien
Lucy Gwanmesia, Minister Delegate, Kamerun
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Mohamed Gawdat Ahmed El-Malt, President, Central Auditing
Organization, Ägypten
Hedda Von Wedel, Präsidentin des Bundesrechnungshofes,
Deutschland
V. K. Shunglu, Comptroller and Auditor General, Indien
Abdessadeq El Glaoui, Président de la Cour des Comptes, Marokko
Bjarne Mork Eidem, Auditor General, Norwegen
Victor Enrique Caso Lay, Contralor General, Peru
Alfredo José de Sousa, Presidente de Tribunal de Contas, Portugal
Pohiva Tu'ionetoa, Auditor General, Tonga
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten

Die Südafrikanische Rechnungskontrollbehörde im Wandel

von Henri Kluever, Auditor-General von Südafrika

(Anm. d. Red.: Die Zeitschrift freut sich, diesen Leitartikel des scheidenden Auditor-General von Südafrika präsentieren zu können, in dem er über die großen Veränderungen berichtet, die seine Behörde im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts erfolgreich vollzogen hat.)

Die Südafrikanische Rechnungskontrollbehörde ist für die Herausforderungen des neuen Jahrtausends bestens gewappnet. In diesem vorangegangenen Jahrzehnt des Wandels, in das meine Amtsperiode als Auditor-General (1993-1999) gefallen ist, wurden weitreichende Veränderungen durchgeführt, die uns zu einer international anerkannten, erstklassigen staatlichen Rechnungskontrollbehörde gemacht und damit die Grundlagen für unser Ziel der Förderung von Demokratie durch Rechenschaftspflicht gelegt haben.

Historischer Kontext

An dieser Stelle ist ein kurzer Blick auf die Geschichte unserer Behörde angebracht. Als ich vor kurzem ein wenig in der Bibliothek schmökerte und mein Blick auf die dunklen, ledergebundenen Prüfberichte vergangener Jahre fiel, begann ich über die bedeutenden Initiativen nachzudenken, die von unserer Behörde viele ereignisreiche Jahrzehnte später ergriffen wurden. Unsere Motivation bestand im Wunsch, ein höheres Maß an Demokratie bei der Kontrolle der staatlichen Finanzen einzuführen, und wir waren von diesem Wunsch so erfüllt, als befänden wir uns noch in den Tagen König Johanns und der Unterzeichnung der Magna Carta! Ursprünglich nach britischem Vorbild gestaltet, wurde Südafrikas erstes Finanzkontrollgesetz 1911 verabschiedet, 1916 novelliert und blieb dann bis zur Verabschiedung des neuen Finanz- und Finanzkontrollgesetzes unverändert. In bezug auf Kontrolle und Gesetzmäßigkeit gab es keinerlei Änderungen, bis das Konzept der Wirtschaftlichkeitsprüfung in das Finanz- und Finanzkontrollgesetz von 1975 inkludiert wurde.

In jüngster Zeit lag unsere größte Herausforderung im Bereich der Gesetzgebung darin, die demokratische Gewaltentrennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative für unsere Zwecke zu nutzen. Wir wußten, daß die ORKB, um ihre Funktion als Überwacherin der Legislative und Exekutive zu erfüllen, nicht weiter unter ministerieller Aufsicht arbeiten konnte – wir mußten eine unabhängige Einrichtung werden, die direkt dem Parlament unterstellt war. Durch diese Maßnahme wandelte sich unsere ORKB innerhalb eines Jahrzehnts von einer weiteren öffentlichen Verwaltungsdienststelle zu einer staatlichen Einrichtung zur Förderung der konstitutionel-

len Demokratie – so wie es im südafrikanischen Verfassungsgesetz von 1996 dargelegt ist.

Natürlich müssen diese historischen Entwicklungen in der ORKB im Kontext der politischen Geschichte Südafrikas gesehen werden. Der damalige Deputy Auditor-General Bertie Loots schrieb 1992: “Die einzigartigen, gesetzlich verankerten Aufgaben der ORKB und das Image der Unabhängigkeit, Objektivität und Integrität, das sie sich über die Jahre erworben hat, räumen der ORKB nicht nur eine Vertrauensstellung gegenüber der Öffentlichkeit ein, sondern sind auch mit besonderen Verpflichtungen im neuen Südafrika verbunden”.

Vor meiner Ernennung zum Auditor-General im Jahr 1993 hatte ich sieben Jahre lang (seit 1986) die Funktion des Deputy Auditor-General ausgeübt und war auf einer Vielzahl von Ebenen persönlich in den Umwandlungsprozeß einbezogen gewesen oder hatte davon Kenntnis gehabt. Als Deputy Auditor-General war ich in der ORKB für das Rechnungswesen zuständig. Wir organisierten die Behörde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und führten im Haushaltsjahr 1987/88 ein Erfolgskonto entsprechend Abschnitt 11 A des Finanzgesetzes ein. Das bedeutete, daß die ORKB am 1. März 1987 begann, auf wirtschaftlicher Basis zu arbeiten – d.h. die Mitarbeiter füllten Arbeitszeitnachweise aus und an die von uns geprüften Stellen wurden Rechnungen ausgestellt. Unser erstes großes IT-System, das TAS (Time Accounting System), wurde implementiert. Dadurch wurde unser Ressourcenmanagement enorm verbessert, was wiederum zu einer Verbesserung unseres Outputs führte. Allerdings lag immer noch ein weiter Weg vor uns.

Die Erreichung der vollen Unabhängigkeit

Ich erinnere mich genau an den Bericht des gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschusses aus dem Jahr 1990, in der Übergangszeit vor der völligen Unabhängigkeit der ORKB, in dem es hieß: “Angesichts der vielen Unregelmäßigkeiten, die von verschiedenen Untersuchungskommissionen in der jüngsten Vergangenheit aufgedeckt wurden, kann es keinen Zweifel daran geben, daß die Häufigkeit, der Umfang und die Professionalität der Rechnungsprüfung verbessert werden sollte”. Diese Anforderungen sind nicht nur alle erfüllt worden, sondern es wurde 1989 mit dem Gesetz über die Rechnungsprüfungsbehörde, das die Rolle des Auditor-General und seiner Mitarbeiter regelte, auch das erste wichtige neue Gesetz seit 1975 verabschiedet. Mit diesem Gesetz wurde die Unabhängigkeit des Auditor-General deutlich verstärkt. Allerdings blieb der damaligen Executive Authority die letzte Entscheidung in bestimmten wichtigen, die ORKB betreffen-

den Verwaltungsangelegenheiten vorbehalten. Es ist uns aber sehr wohl gelungen, in Verhandlungen mit der Public Service Commission eine Übertragung von entscheidenden Kompetenzen durchzusetzen. Dadurch erhielten wir in der Praxis gewisse Managementkompetenzen in bezug auf Personalfragen, allerdings innerhalb des von der Public Service Commission festgelegten Rahmens.

Diese Situation stand im Gegensatz zum international anerkannten Prinzip einer unabhängigen Rechnungskontrollbehörde, denn dadurch befand sich der Auditor-General in der mißlichen Lage, objektiv über die finanziellen Angelegenheiten der Executive Authority berichten zu müssen und gleichzeitig für die Beschaffung der zur Durchführung seiner Arbeit nötigen Ressourcen von ihrem guten Willen und ihrer Kooperationsbereitschaft abhängig zu sein.

Diese Angelegenheit bereitete mir und dem gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschuß weiterhin Anlaß zur Sorge. Letztendlich wurde das Gesetz über die Rechnungsprüfungsbehörde aus dem Jahr 1992 mit der vollen Unterstützung des Kabinetts novelliert und die betreffenden Bestimmungen wurden aus dem Gesetz gestrichen. 1993 folgte dann das Finanzkontrollorganisationsgesetz, das Management, Verwaltung und Arbeitsbedingungen der ORKB-Mitarbeiter regelte. Dieses Gesetz erleichterte es auch, die Oberaufsicht sowie damit verbundene Angelegenheiten auf ein parlamentarisches Aufsichtsgremium, die Audit Commission, zu übertragen. Außerdem bestimmte das Gesetz, daß zukünftige Berichte der ORKB dem Parlament vorgelegt und damit zu öffentlichen Dokumenten würden. Zu den Verantwortlichkeiten der Audit Commission zählt es, die Einnahmen- und Ausgabenkalkulation der ORKB zu genehmigen; die operative Leistung der ORKB in bezug auf Finanzen, Qualitätskontrolle, Ausbildung und aktive Förderungsmaßnahmen zugunsten von Minderheiten zu überwachen und einen unabhängigen Rechnungsprüfer für die ORKB zu ernennen. Die Audit Commission setzt sich aus acht Parlamentsabgeordneten aus allen Parteien und drei nicht dem Parlament angehörenden Experten zusammen, die vom Präsidenten für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren ernannt werden. Mitglieder der Audit Commission dürfen nicht der Executive Authority angehören. Die Funktion der Audit Commission könnte kurz als Überprüfung der Arbeit der ORKB auf höchster Ebene beschrieben werden.

Die zweite Regulierungsstelle für die ORKB selbst ist das Staff Management Board, das ebenfalls durch das Finanzkontrollorganisationsgesetz eingerichtet wurde. Dieses Gremium ist für das Personalmanagement der ORKB zuständig. Die Mitglieder des Staff Management Board werden vom Auditor-General nach Rücksprache mit der Audit Commission ernannt. Zumindest zwei Drittel der Mitglieder sollten Mitarbeiter des Audit Office sein. Diese Autonomie in Personalfragen ermöglichte es dem Audit Office eine einzigartige Lohn- und Gehaltspolitik zu entwickeln. Zur Anwendung kommt ein leicht marktorientierter Ansatz auf Grundlage der Personalkosten, der dem Audit Office erlaubt, qualitativ hochwertiges Fachpersonal einzustellen.

Aus der Sicht der Gesetzgebung ist das Audit Office heute eine gänzlich andere Institution als es früher einmal war.

Dieses Ziel zu erreichen war ein hartes Stück Arbeit, aber die Mühe hat sich gelohnt, denn dadurch wurden wir letztendlich zu einer unabhängigen Kontrollinstanz für alle südafrikanischen Steuerzahler.

Interne Reformen und Modernisierung

Dann begann die zweite Phase unseres Umwandlungsprozesses, interne Reformen, die unseren Auftrag, unsere Vision und unser Leitbild festigen und das Audit Office zur treibenden Kraft bei der Förderung einer effektiven Rechenschaftspflicht machen sollte. Dafür mußten wir zunächst einmaldamit beginnen, unsere Unternehmensphilosophie zu leben. Daher startete ich 1993 gemeinsam mit meinen beiden Deputy Auditors-General, zunächst mit Bertie Loots und dann mit Shauket Fakie, ein umfassendes Programm, um die Qualität der Prüfungsdienste des Audit Office auf ein Niveau zu heben, das den Anforderungen, die an eine moderne ORKB gestellt wurden, voll und ganz entsprach. Wir versuchten bei unseren Kunden Vertrauen aufzubauen und leiteten eine Reihe von organisatorischen Veränderungen ein, mit denen wir unsere Unternehmenswerte festigen und fördern wollten.

Viele Leser werden sich an die Zeit erinnern, in der Südafrika aus politischer Sicht aus vier unabhängigen "Staaten" und sechs selbstverwalteten Territorien bestand. Analog zum allgemeinen Reintegrationsprozeß mußten auch die Finanzkontrollfunktionen dieser Regionen in die nationale Finanzkontrolle eingegliedert werden, wodurch in den folgenden Jahren beachtliche Anforderungen an die Mitarbeiter gestellt wurden. Zusätzlich zur Zusammenlegung der Finanzkontrollinstitutionen, mußten auch Tätigkeitsbereiche für die Mitarbeiter der regionalen Institutionen gefunden werden, ein Prozeß, der eine ziemliche Belastung bedeutete, während gleichzeitig das Audit Office entsprechend den Bestimmungen der Verfassung neu strukturiert und positioniert wurde. 1994 wurde ein offizielles Programm für eine aktive Förderung von Minderheiten umgesetzt, das unterstützende Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung, Einstellung von Personal und strategische Kongresse beinhaltete. Der Einsatz moderner Informationstechnologie im Audit Office war ein weiteres erfolgreich durchgeführtes Projekt, ebenso wie die Rationalisierung bestehender und die Hinzunahme neuer Prüffunktionen wie z.B.: die Koordinierung der Prüfungen von lokalen Behörden, Umweltprüfungen und forensische Rechnungsprüfungen.

Im Dienst der Öffentlichkeit und des Parlaments

Inmitten all dieser Veränderungen wurde sich das Audit Office seiner Rolle als Institution zum Schutz der Demokratie innerhalb Südafrikas deutlich bewußt, ebenso wie es die Tatsache erkannte, daß es diese Rolle auch nach außen vermitteln mußte. Mitte der 90er Jahre wurde eine verstärkte Medienpräsenz sowie eine Förderung der kommunikativen Aktivitäten angestrebt. Diese Strategie ging Hand in Hand mit einer aktuellen und sachgerechten Publikation der staatlichen Rechnungsführung, um die Parlamentsausschüsse bei der Bewertung der bei der Rechnungsführung der öffentlichen

Dienststellen und im Bereich der Haushalts- und Wirtschaftsführung gemachten Fortschritte zu unterstützen. Allerdings werden die Testate trotz ihres objektiven Stils nicht immer positiv aufgenommen. Aber schließlich ist die Art, wie die Medien, die Öffentlichkeit und die Parlamentsabgeordneten die Testate interpretieren und verwenden, Ausdruck demokratischer Freiheit. Unser Ziel ist es nach wie vor, qualitativ hochwertige Berichte zu erstellen, die das Ergebnis sorgfältiger und exakter Prüfprozesse sind.

Internationale Beziehungen

Wir haben unsere Normen für die staatliche Finanzkontrolle im Vergleich mit den von der INTOSAI 1990 beschlossenen getestet. Die Ergebnisse sicherten die Angemessenheit und Gültigkeit unserer Prüfungen nach international anerkannten Normen, und im Jahr 1994 nahmen wir uns voller Optimismus die umfassende Anwendung der GAGAS (Allgemein anerkannte Normen für die staatliche Finanzkontrolle) zum Ziel. Außerdem beschlossen wir, von internationalem Wissensaustausch zu profitieren und bereisten innerhalb kürzester Zeit Länder wie Australien, China, Kanada, Großbritannien und Neuseeland. Wir bauten hervorragende Beziehungen auf und konnten viele neue Einblicke gewinnen, angefangen von der Installation computergestützter Prüfsysteme bis zur Initiierung korrigierender Maßnahmen auf Grundlage von Prüfungsfeststellungen. Wir nahmen an Konferenzen, Tagungen und anderen internationalen Foren teil und wurden zu unserer großen Freude 1996 sogar von der Weltbank als führende Organisation in bezug auf *best practices* der staatlichen Finanzkontrolle anerkannt.

Unsere internationalen Verbindungen konnten weiter ausgebaut werden. 1995 wurden wir für die beiden Biennien 1996/7 und 1998/9 zum unabhängigen externen Rechnungsprüfer der Weltgesundheitsorganisation ernannt, und wir freuten uns, im Mai dieses Jahres bekannt geben zu können, daß wir für die kommenden zwei Biennien wiederernannt wurden. Gemeinsam mit Finnland prüften wir drei Jahre lang die Finanzgebarung der INTOSAI (bis Dezember 1997) – eine prestigeträchtige externe Prüfung, bei deren Durchführung wir sehr viel lernten. Die Tatsache, daß wir Gastgeber der 17. Commonwealth Auditor-General Conference im Oktober dieses Jahres sind, zeugt ebenfalls von unserem wachsenden nationalen Selbstvertrauen auf dem internationalen Parkett, ob nun als externe Prüfer oder als Veranstalter von Diskussionen über Finanzkontrolle im 21. Jahrhundert.

Ausbildung und Entwicklung

Im Bereich der Ausbildung engagieren wir uns aktiv für die Förderung von SADCOSAI/AFROSAI/INTOSAI in der

Region. Das Audit Office beteiligt sich weitgehend an der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI) und nimmt auch am langfristigen regionalen Schulungsprogramm teil (LTRTP). Ein vom Audit Office organisierter Managementtraining-Kongress fand im Juni dieses Jahres statt, und viele weitere sind in der südlichen afrikanischen Entwicklungsregion geplant.

Ausbildung und Weiterentwicklung sind ein zentrales Element der Vision des Audit Office, eine Rechnungskontrollbehörde von internationalem Rang zu werden. Das Audit Office verfügt über Quotenpläne für Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, die konform mit den Bestimmungen des Gesetzes über Gleichberechtigung in Beschäftigungsfragen sind. Die Gesamtquote des Audit Office liegt derzeit bei 67 %, obwohl wir auf Managementebene mit 39 % nicht ganz so erfolgreich sind. Wir spielen jedoch eine aktive Rolle in der Berufsausbildung im Bereich des Rechnungswesens, indem wir ein Programm eingerichtet haben, das Mitgliedern von historisch benachteiligten Gesellschaftsgruppen zugute kommen soll. Die Denel (Pty) Bridging School für Wirtschaftstudenten ist ein Joint-Venture mit dem Audit Office, das jedes Jahr eine bestimmte Anzahl von farbigen Studenten fördert. Wir haben auch ein neues internes Ausbildungsprogramm für Wirtschaftsprüfer eingerichtet, auf das wir nicht verzichten können, wenn uns eine ausreichende Zahl an qualifizierten schwarzen und weiblichen Rechnungsprüfern für das neue Jahrtausend zur Verfügung stehen soll.

Im Hinblick auf die Entwicklung des Audit Office im Einklang mit den schnellebigen globalen Standards stehen der ORKB sicherlich aufregende Zeiten bevor. Da das Ende meiner Amtszeit immer näher rückt, erfüllt mich die Tatsache, daß ich eine nicht unbedeutende Rolle bei der Gestaltung einer wirklich anerkannten, nationalen Rechnungskontrollbehörde für Südafrika gespielt habe, mit Zufriedenheit. Ich hatte die Ehre, der erste Auditor-General in unserer neuen Demokratie zu sein, und habe mich immer bemüht, meine Aufgabe professionell und objektiv zu erfüllen und die Grundsätze der guten Staatsführung durch Wahrnehmung der Rechenschaftspflicht zu achten und fördern.

Ich werde auch weiterhin den Kontakt zu meinen Freunden und Partnern aus dem Bereich der Finanzkontrolle auf der ganzen Welt aufrecht erhalten, und ich wünsche Ihnen allen ein dynamisches und aufregendes neues Jahrtausend.

Weitere Informationen sind beim Autor erhältlich: The Office of the Auditor General, Old Mutual Centre, P.O. Box 446, Pretoria 0001, Republik Südafrika (Tel: 27-12-217593; Fax: 27-12-323-7389; e-mail: debbie@agsa.co.za und <http://www.agsa.co.za>). ■

Kurzmitteilungen

Barbados

Jahresbericht 1998

Die ORKB von Barbados hat am 9. Dezember 1998 dem Parlament den Jahresbericht für 1998 vorgelegt. Der Bericht enthielt vor allem Erkenntnisse aus Prüfungen von Ministerien und Verwaltungsabteilungen und umfaßt eineneigenen Abschnitt über die Umsetzung eines von der ORKB durchgeführten Wirtschaftlichkeitsprüfungsprogramms. Zwei Pilotprojekte wurden als Teil dieses Programms abgeschlossen, und die betreffenden Wirtschaftlichkeitsprüfungsberichte wurden dem Parlament vorgelegt.

Der Jahresbericht verwies auch auf die Tatsache, daß es einige der Haushaltsbeauftragten verabsäumt hatten, entsprechend der einschlägigen Gesetze rechtzeitig Zentralrechnungen vorzulegen, und es wurden außerdem Mängel bei der Erstellung einiger dieser Rechnungen aufgezeigt. Weiters wurden Bedenken bezüglich der Einnahmenrechnung geäußert; die Prüfung ergab Mängel bei den verwendeten Systemen und in manchen Fällen entsprachen die angegebenen Salden nicht den in diesem Jahr erhobenen Beträgen.

Insgesamt war allerdings ein deutlicher Rückgang der Verletzungen von Finanzvorschriften im Vergleich zu den vorangegangenen Haushaltsjahren zu erkennen, und der Bericht stellt eine wesentliche Verbesserung in bezug auf die Reaktionen der Ministerien und Verwaltungsabteilungen auf Prüfungserinnerungen und Memoranden fest. Für den Großteil der Rechnungen, in denen die Finanzposition der geprüften Organisation für das betreffende Jahr im allgemeinen korrekt dargestellt wurde, enthielten die Berichte keinerlei Einschränkungen.

Weitere Informationen erhältlich bei: Auditor General's Office, Nicholas House, Broad Street, Bridgetown, Barbados (Tel: 246-426-2537; Fax: 246-228-2731).

Belgien

Rechnungshof im Internet

Am 8. Juli 1999 nahm der belgische Rechnungshof seine Internet-Website unter der Adresse <<http://www.courdescomptes.be>> in Betrieb. Die Website ist in den drei Landessprachen Belgiens sowie in Englisch verfügbar und umfaßt über 1300 Seiten mit Informationen über den Rechnungshof, einschließlich einer Beschreibung der verschiedenen Aspekte dieser Institution (Aufgaben und Befugnisse, Organisation, Tätigkeiten, historischer Überblick, wichtige Referenztexte, praktische Informationen, Bibliographien, etc.) Die Website beinhaltet auch die neuesten Berichte mit den Stellungnahmen des Rechnungshofes und die Texte der seit November 1997 im Rahmen seiner gerichtlichen Aufgaben gefällten Urteile. Die Texte sind im pdf-Format verfügbar.

Bei der stilistischen Gestaltung der Website stand die Bereitstellung von leicht zugänglichen Informationen im Vordergrund. Die Designer der Website entschieden sich für ein klares und funktionelles Layout. Leser können die gewünschten Informationen mittels der Suchmaschine der Website und zwei Suchleisten abrufen. Besucher der Site können ihre Bemerkungen und Vorschläge zur Website an den Webmaster übermitteln.

Nähere Informationen erhältlich bei: Cour des Comptes, 2 rue de la Regence, B-1000 Brüssel, Belgien (Tel: 32-2-55-551-81-11; Fax: 32-2-551-8622; e-mail: ccrek@ccrek.be).

Bermuda

Jahresbericht für 1998 veröffentlicht

Der Jahresbericht des Auditor General für 1998 wurde am 18. Juni 1999 dem Repräsentantenhaus vorgelegt. Der Jahresbericht beinhaltet die folgenden sechs Schwerpunktgebiete, die aufgrund

ihres weitverbreiteten und kontinuierlichen Vorkommens die besondere Aufmerksamkeit des Repräsentantenhauses verdienen: unbeachtete Prüfungsempfehlungen; zu späte Rechnungslegung; mangelhafte Finanzunterlagen und Ressourcen für die Rechnungslegung; Fehlen von Wirtschaftlichkeitsberichten; Jahr-2000-Problem; und die Verschlechterung der fachlichen Kompetenz.

Der Auditor General stellte fest, daß die angeführten 125 unbeachteten Empfehlungenein Zeichen für die unzureichenden Ressourcen für Rechnungsführung und Rechenschaftspflicht seien, die zur Verfügung ständen, um die identifizierten Probleme oder Problembereiche zu beheben. Da eine große Zahl von Organisationen keine Rechnungslegung vorzuweisen hat – einige sind damit Jahre im Rückstand – ist das Repräsentantenhaus nicht in der Lage, den Staat für die Verwaltung der ihm anvertrauten Gelder zur Verantwortung zu ziehen. Ohne entsprechende Finanzkontrollen und exakte und aktuelle Informationen, so der Bericht, können öffentliche Einrichtungen ihre finanziellen Ressourcen nicht wirtschaftlich verwalten. Das Fehlen von qualifiziertem Fachpersonal für das Rechnungswesen im gesamten öffentlichen Dienst und das Nichtvorhandensein einer zentralen Stelle für Innenrevision verstärken die Problematik zusätzlich.

Detailliertere Informationen sind erhältlich auf der Website <www.oagbermuda.gov.bm> oder bei: Office of the Auditor General, P.O. Box HM 2891, Hamilton HM LX, Bermuda (e-mail: auditbda@ibl.bm; oder Fax: 441 295 3849).

Hongkong

Jahresbericht

Am 29. März 1999 übermittelte der Director of Audit dem Präsidenten des Gesetzgebenden Rates seinen Bericht

Nr. 32. Der Bericht wurde im April 1999 dem Gesetzgebenden Rat vorgelegt.

Der Bericht enthält zehn Studien zu Wirtschaftlichkeitsprüfungen, die die folgenden Bereiche umfassen: (a) die Verwaltung von öffentlichen Mietwohnanlagen; (b) die Verwaltung von zwei beitragsfreien Sozialversicherungssystemen; (c) die Kontrolle von obszönen und unsittlichen Artikeln; (d) die staatliche Aufsicht über Energieversorgungsunternehmen; (e) das Angebot von Dienstleistungen für Straftäter und pflege- und schutzbedürftige Kinder bzw. Jugendliche; (f) der Einsatz von Informationstechnologie in Schulen; (g) die Abwicklung von zwei großen öffentlichen Bauaufträgen und (h) die Abwicklung von Telekommunikationsdienstleistungen im Rahmen eines technischen Dienstleistungsvertrags. Die meisten der Empfehlungen wurden sowohl von der Verwaltung als auch vom Rechnungsprüfungsausschuß angenommen. Darüber hinaus wurden in diesen Studien Ersparnisse und Gewinne für die öffentliche Hand in der besonderen Verwaltungsregion Hongkong in Höhe von rund US\$ 102 Millionen festgestellt.

Der Bericht fand ein großes Medien-echo, und die im Bericht enthaltenen Studien gaben den Anstoß für Verbesserungsmaßnahmen in den angeführten Problembereichen. So ergab die Studie über die Verwaltung von öffentlichen Mietwohnanlagen überschüssige Kapazitäten im Housing Department, dem ausführenden Organ der Wohnbaubehörde von Hongkong. Als Folge unternahm die Behörde Verbesserungsmaßnahmen, um die Wirtschaftlichkeit des Housing Departments zu erhöhen.

Nähere Informationen zum Bericht sind erhältlich bei: Director of Audit, Audit Commission, 26/F, Immigration Tower, 7 Gloucester Road, Wanchai, Hongkong, China, (Fax: 852 28242087; e-mail: audaes2@aud.gen.gov.hk)

Kanada

Erster Teil des Jahresberichts 1999 veröffentlicht

Im April wurde der erste Teil des Jahresberichts 1999 zur Vorlage im ka-

nadischen Unterhaus veröffentlicht. Dem Bericht zufolge ist es einigen öffentlichen Dienststellen und Behörden, wie Correctional Service Canada und Human Resources Development Canada, gelungen, bedeutende Mängel zu beheben und sogar innovative Lösungen zu finden. Allerdings weist der Bericht auch darauf hin, daß die öffentliche Verwaltung in einigen wichtigen Bereichen, die schon seit geraumer Zeit bei Prüfungen hervorgehoben wurden, – vor allem in bezug auf Fischfang und indianische Angelegenheiten – nur wenig Fortschritte gemacht hat.

Einer der im Bericht erwähnten Problembereiche betrifft den Fischfang an der Ostküste. Die derzeitigen Probleme in der Bewirtschaftung der Hummer-, Muschel-, Krabben- und Shrimpsfischerei ähneln jenen, die vor zwei Jahren bei den Grundfischen, zum Beispiel Kabeljau oder Rotbarsch, zu beobachten waren. Diese Schwierigkeiten in der Fischereiwirtschaft sollten dem Bericht zufolge sehr ernst genommen werden, weil sie nicht nur negative Auswirkungen auf die Bestände sondern auch auf die von diesen Beständen abhängigen Menschen und Gemeinden haben könnten.

Der Bericht befaßte sich auch mit der Art und Weise, wie Zuschüsse in Höhe von 150 Millionen Dollar zwischen 1994 und 1998 an Fischer und Fabrikarbeiter der Ostküste gezahlt wurden. Diese Zuschüsse waren als Hilfe angesichts der veränderten Arbeitsbedingungen nach dem Fangstopp für Grundfische gedacht. Die ORKB kam zu der Schlußfolgerung, daß die finanziellen Mittel nicht richtig verwaltet wurden. Für ein Drittel der Projekte wurden keine Ansprüche geltend gemacht, und einige der geltend gemachten Kosten wurden ungerechtfertigt zurückerstattet.

Das Thema der Finanzierungsvereinbarungen für die indigene Bevölkerung war ein weiterer im Bericht angeführter Problembereich. Jedes Jahr erhalten die indigenen Völker von der zuständigen Behörde Indian and Northern Affairs Canada fast 4 Millionen Dollar zur Durchführung von Sozialhilfe-, Bildungs- und Wohnbauprogrammen. Um diese Gelder korrekt

verwalten zu können, sollte Indian and Northern Affairs so rasch wie möglich die Umsetzung ihres neuen Finanzierungssystems abschließen und dabei berücksichtigen, daß die indigenen Völker in der Lage und auch bereit dazu sind, die volle Verantwortung für die Verwaltung dieser Gelder zu übernehmen. Wenn bei den Finanzierungsvereinbarungen nicht bald Verbesserungen erzielt werden, wird es für die Behörde und unsere indigene Bevölkerung noch schwieriger werden, die gewünschten Ergebnisse aus diesen Transfers zu erreichen. Außerdem wird der indigenen Bevölkerung dadurch die Stärkung ihrer Fähigkeit zur Selbständigkeit erschwert.

Die ORKB untersuchte auch andere Herausforderungen – neue, große Herausforderungen –, mit denen die Verwaltung in Zukunft konfrontiert sein wird, zum Beispiel die Kooperationsvereinbarungen, die der Bundesverwaltung als Basis für die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsebenen, dem Privatsektor und Freiwilligenorganisationen dienen, um so gemeinsam Dienstleistungen und Programme für die kanadische Bevölkerung zu erstellen.

Die neuen Programme und Initiativen in bezug auf Kindergeld (als Teil der Sozialunion), Infrastruktur und Klimawandel sind alles Beispiele für neue Kooperationsvereinbarungen. Die Verwaltung steht nun vor der Herausforderung, die Rechenschaftspflicht in diesem neuen Kontext der Partnerschaft zu gewährleisten. In diesem Hinblick legt der Bericht nahe, daß die Parlamentarier, da sie diese Mechanismen bewilligen oder überprüfen, wissen müssen, ob die an sie übermittelten Informationen vollständig und glaubwürdig sind und ob dem öffentlichen Interesse Genüge geleistet wird.

Eine weitere beachtliche Herausforderung für die Bundesverwaltung ist das Personalmanagement im Bereich Wissenschaft und Technik. In den letzten Jahren sind 5.000 wissenschaftliche und technische Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden, und Schätzungen zufolge müssen die wissenschaftsnahen Abteilungen in den nächsten fünf Jahren rund 3.000 neue

Mitarbeiter einstellen. Der Bericht unterstreicht die Signifikanz dieser Problematik mit folgender Feststellung: "Wir sollten die Bemühungen, die zur Erneuerung und Regenerierung der Belegschaft erforderlich sind, nicht unterschätzen. Die Verwaltung muß flexiblere Möglichkeiten zur Einstellung von externem Personal aus der Wissenschaft schaffen sowie der Wissenschaft die für die Erfüllung ihrer Bedürfnisse nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen."

Weitere Informationen sind erhältlich bei: Johanne McDuff, Office of the Auditor General of Canada, 240 Sparks Street, Ottawa K1A 0G6, Ontario, Kanada (Tel.: (613) 952-0213, DW 6292; e-mail: mcduffjo@oag-bvg.gc.ca).

Niederlande

Neue Präsidentin und neues Mitglied der ORKB

Am 15. Mai 1999 wurde Saskia J. Stuiveling von der Königin der Niederlande zur neuen Präsidentin des Rechnungshofes ernannt. Sie folgt Henk Koning nach, der am ersten April 1999 aus dem Amt schied. Gleichzeitig ernannte die Königin Pieter Zevenbergen zum Mitglied des Rechnungshofes. Mit Dr. J.E. Havermans, der seit seiner Ernennung 1966 Mitglied ist, ist der dreiköpfige Rechnungshof komplett. Alle Ernennungen gelten auf Lebenszeit.

Frau Stuiveling ist die 23. Präsidentin des Rechnungshofes und die erste Frau, die diese Position innehat. Frau Stuiveling studierte Jura und hat einen Abschluß vom Institut für Betriebswirtschaft der Erasmus Universität Rotterdam. Sie übte verschiedene Tätigkeiten in der Verwaltung aus, und war unter anderem leitende politische Beraterin des Bürgermeisters von Rotterdam, Abgeordnete (für die Partei der Arbeit (PvdA)) im Oberhaus des niederländischen Parlaments und Staatssekretärin für Innere Angelegenheiten. Seit 1996 ist sie Vorsitzende der INTOSAI Arbeitsgruppe für Umweltprüfung. Außerhalb des Rechnungshofes bekleidet sie eine Reihe von Ämtern in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Kunst und Gesundheit.

Pieter Zevenbergen absolvierte sein Publizistikstudium an der niederländi-

schen Wirtschaftsuniversität, nunmehr Erasmus Universität Rotterdam. Er bekleidete verschiedene Ämter in der kommunalen Verwaltung; er war Bürgermeister der Insel Ameland, von Voorst und von Bergen op Zoom und war an einem Schiedsgericht und als Berater tätig. Bevor er Mitglied des Rechnungshofes wurde, war er *Deichvogt* der Wasserbehörde von Delfland. Außerhalb des Rechnungshofes bekleidet er eine Vielzahl von Ämtern, und ist unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Radfahrerverbands und Mitglied des Verwaltungsausschusses des Internationalen Radfahrerverbands (UCI) sowie Präsident der Treuhandstiftung der Erasmus Universität Rotterdam.

J.E. Havermans hat einen Abschluß in Rechtswissenschaften von der Universität Leiden und ein Doktorat in Sozialwissenschaften von der Universität Nijmegen. Bevor er seine Tätigkeit am Rechnungshof aufnahm, war er Bürgermeister von Pannerden, von Druten, von Doetinchem und schließlich von jener Stadt, die auch Sitz der Regierung ist, von Den Haag. Er ist Mitglied der CDA (Christlich Demokratischer Appell). Havermans war unter anderem Mitglied des Exekutiv-ausschusses des Internationalen Gemeindeverbands (IULA). Außerhalb des Rechnungshofes übt er eine Reihe von Funktionen auf Kommunalebene und im Bildungswesen aus.

Weitere Informationen sind erhältlich bei: Algemene Rekenkamer, P.O. Box 20015, 2500 EA Den Haag, Niederlande (e-mail: bjz@rekenkamer.nl).

Oman

Internationale Beziehungen

In den letzten Monaten hat sich das Secretariat General for State Audit (SGSA) des Sultanats von Oman verstärkt auf die Pflege von internationalen Beziehungen und internationaler Zusammenarbeit konzentriert. Zwischen Februar und April 1999 werden Delegationen von vier ORKBn im Oman empfangen.

Sir John Bourn, Comptroller und Auditor General von Großbritannien, besuchte das SGSA von 25. Februar bis

1. März 1999 als Teil eines Programms für gegenseitige Kooperation und Zusammenarbeit. Hauptgesprächsthemen waren Ausbildungsfragen sowie die Prüfung von Privatisierungen und Prüfungen im Bereich der Landesverteidigung. Während seines Aufenthalts, über den die nationalen Medien ausführlich berichteten, traf Sir John auch mit einigen führenden Regierungsmitgliedern des Oman zusammen.

Zu den internationalen Besuchern des SGSA zählten weiters: (a) eine vierköpfige Delegation der ORKB der Vereinigten Arabischen Emirate vom 4.-10. Februar 1999 und (b) eine zweiköpfige Delegation der ORKB von Jemen sowie ein Vertreter der ORKB von Bahrain vom 15.-21. April 1999. Diese drei Delegationen untersuchten den Einsatz von Informationstechnologie (IT) im SGSA, insbesondere den strategischen Rahmen für das IT-Management und die Verwendung von webgestützten Technologien zur Bereitstellung von einfachen, benutzerfreundlichen Oberflächen.

Im Bereich der Informationstechnologie ist das SGSA auf Einladung des Ausschußvorsitzenden dem Ausschuß für die EDV Prüfung der INTOSAI beigetreten. Das SGSA hat im Februar 1999 die arabische Version der Website des Ausschusses eingerichtet. Diese Website (<http://www.sgsa.com/intosai-edp>) bietet den arabischen ORKBn einen Online-Zugang zu Informationen über die Aktivitäten des Ausschusses und zu den elektronischen Versionen seiner Produkte.

Weitere Informationen sind erhältlich bei: Secretariat General for State Audit, P.O. Box 727, Postal Code 113, Muscat, Sultanate of Oman, e-mail: sages@gto.net.om, Fax: (968)-740264.

Schweiz

Jahresbericht 1998 veröffentlicht

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat ihren Jahresbericht für 1998 veröffentlicht, der die Höhepunkte der 240 in diesem Jahr durchgeführten Rechnungsprüfungen enthält. Bei der Entscheidung, welche der Prüfungen in den Jahresbericht aufgenommen werden, berücksichtigt die EFK die nationale

finanzwirtschaftliche Relevanz und Bedeutung der Feststellungen. Der Bericht beinhaltet eine Aufstellung der aus den Prüfungsfeststellungen resultierenden finanziellen Einsparungen; in Schweizer Franken gerechnet ergaben diese Einsparungen 1998 laut EFK einen zweistelligen Millionenbetrag. Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß bestimmte Einsparungen nur nach der Durchführung von mittel- oder langfristigen Korrekturmaßnahmen erzielt werden können. Obwohl durchaus von Bedeutung, sollten diese Einsparungen jedoch nicht die primäre Aufgabe der EFK in den Hintergrund rücken, die dem Bericht zufolge darin besteht, Schwächen im Rechnungswesen und in der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Verwaltung offenzulegen und die Verwaltung darin zu beraten, wie die aufgezeigten Probleme beseitigt werden können.

Der aus neun Abschnitten bestehende Jahresbericht enthält Informationen über die Position und die Aufgaben der EFK, über Zertifizierungsprüfungen, Prüfungen halbstaatlicher Organisationen, Prüfungen von Verwaltungseinheiten und Sonderprüfungen (einschließlich Wirtschaftlichkeits- und EDV-Prüfungen), über internationale Kontakte und Mandate, über das Verhältnis zu Innenrevisionsstellen, über die Organisation und Rechnungsführung der EFK sowie eine Vorausschau auf zukünftige Tätigkeiten.

In Zukunft sieht sich die EFK mit einer zweifachen Herausforderung konfrontiert. Einerseits muß sie sich an neue Prüfungsansätze und -techniken anpassen, andererseits muß sie den Anforderungen der zur Zeit in der Schweiz stattfindenden Verwaltungsreform entsprechen. Die Organisation und die Abläufe der Schweizer ORKB wurden daher mit Hilfe eines bekannten internationalen Consultingunternehmens analysiert. Außerdem wurde mit Wirkung vom 1. September 1999 vom Parlament das Finanzkontrollgesetz novelliert, wodurch die Unabhängigkeit der EFK eine weitere Stärkung erfährt.

Der 53 Seiten umfassende Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich bei: Eidgenössische Finanzkontrolle, Monbijoustrasse

51a, CH-3003 Bern, Schweiz (e-mail: sekretariat@efk.admin.ch).

Venezuela

Leiter der ORKB im Amt bestätigt

Am 3. Juni 1999 wurde Dr. Eduardo Roche Lander in einer gemeinsamen Sitzung des Senats und des Abgeordnetenhauses für eine zweite 5-jährige Amtszeit als Leiter der ORKB wiedervernannt. Dr. Roche Lander, der seit April 1994 die ORKB von Venezuela leitet, ist Maschinenbauingenieur und verfügt über einen Universitätsabschluß in Wirtschaftsplanung von der Stanford University sowie ein Doktorat in Wirtschaftswissenschaften von der Universität von Paris. Er war Universitätsprofessor, Mitglied des Rats der Technischen Fakultät und des Universitätsrats der Zentraluniversität von Venezuela sowie Vizepräsident des Obersten Wahlgremiums. Er ist Autor des Buches "Zum Schutz des Staates, der Demokratie und der Bürger – Fünf Jahre gegen Korruption".

Zu Beginn seiner neuen Amtszeit versprach Dr. Roche Lander, sich auch weiterhin dafür einzusetzen, daß seine Behörde sich mit lauter Stimme für gute Staatsführung, Rechenschaftspflicht, Transparenz und den Kampf gegen Korruption einsetzen wird. Die nationale Rechnungskontrollbehörde wird auch in Zukunft ihre Rolle als Organisation, die sich der Förderung der Demokratie und dem Dienst an den Bürgern verpflichtet hat, stärken. In diesem Zusammenhang veröffentlichte die ORKB einen Ethikkodex für Angestellte des öffentlichen Dienstes.

Zur Planung der laufenden 5-Jahres-Periode erarbeitete Dr. Roche Lander einen "Strategischen Plan 1999-2000". Als Teil des Planungsprozesses hat die ORKB ihren Auftrag und ihre Vision neu definiert. Der neu definierte Auftrag lautet nun: "Die oberste Rechnungskontrollbehörde der Republik Venezuela ist eine verfassungsmäßig unabhängige, dem Kongreß der Republik beigestellte Organisation im Dienste des demokratischen Staates und der Gesellschaft Venezuelas. Ihr vorrangiges Ziel ist die Überwachung der korrekten und trans-

parenten Verwaltung des Vermögens der öffentlichen Hand sowie der Kampf gegen Korruption". Gleichzeitig hat die ORKB auch ihre Vision neu festgelegt: "Ihre Rolle als moralische Kraft und Referenz der Republik und als effizientes Instrument der Gesellschaft Venezuelas zur Ausübung ihres Rechts auf Kontrolle der öffentlichen Verwaltung zu festigen und somit wirkungsvoll zur Belebung und Neuordnung der Staatsgewalt sowie zur Stärkung der Demokratie und Rechtstaatlichkeit beizutragen."

Die ORKB von Venezuela wird ihren Aktivitäten weiterhin Grundsätze und Werte wie Objektivität, Fairneß, unpolitischer Charakter und Ethik zugrunde legen. Sie beabsichtigt außerdem durch eine Erhöhung der Effektivität bei der Ausübung ihrer Untersuchungs- und Sanktionierungsbefugnisse eine Verbesserung ihrer Leistungen zu erzielen, wobei die Kontrolle von Bereichen von nationalem strategischen Interesse und die Fortführung der Modernisierung der ORKB im Mittelpunkt steht.

Der von der ORKB für 1998 erstellte und dem Kongreß vorgelegte Bericht zeigt die bedeutenden Veränderungen in der Arbeitsweise und Berichterstattung. Der Jahresbericht ist nun ein *Fachbericht über staatliche Finanzkontrolle*, der Gutachten über die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Abteilungen der öffentlichen Verwaltung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene enthält. Und im Rahmen des gesamten Modernisierungsprogramms hat sich die ORKB auch auf den "Datenhighway" begeben und hat eine Internet-Website eingerichtet (<http://www.cgr.gov.ve>), die detaillierte Informationen über die ORKB, ihre Normen und Berichte und nützliche Informationen über das nationale Kontrollsystem bietet.

Im Rahmen dieses nationalen Kontrollsystems wurde am 29. Oktober 1998 die zweite nationale Finanzkontrolltagung abgehalten, an der 230 Leiter von regionalen und lokalen Rechnungskontrollbehörden sowie Innenrevisoren und Mitarbeiter der ORKB von Venezuela teilnahmen. Auf dieser Tagung wurde das nationale Kontrollsystem als fundamentales

Instrument der guten Staatsführung auf allen Verwaltungsebenen hervorgehoben.

Interne und externe Kontrollsysteme der öffentlichen Verwaltung wurden ebenso angesprochen, wie auch das Jahr-2000-Computerproblem.

Weitere Informationen sind erhältlich bei: Contraloría General de la República, Caracas 1050, Avenida Andres Bello, Apartado 1917, Caracas, Venezuela (e-mail: crojas@cgr.gov.ve und <http://www.cgr.gov.ve>).

Vereinigte Staaten von Amerika

Drei ORKB-Leiter nehmen an Live-Sendung teil

Drei ORKB-Leiter aus der westlichen Hemisphäre nahmen am 9. September 1999 in Washington an einer Live-Sendung teil, die in Lateinamerika und in der Karibik gesendet wurde. Im Rahmen der internationalen, interaktiven Worldnet-Sendung "Dialogue" diskutierten die ORKB-Leiter Daniel Fretes Ventre aus Paraguay, Victor Caso Lay aus Peru und David M. Walker aus den Vereinigten Staaten über die Rolle der obersten Rechnungskontrollbehörden im Kampf gegen Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Die Live-Sendung wurde von der US Information Agency gesponsert und diente zur Förderung des laufenden OLACEFS-Programms zum Austausch von Strategien für effektive Anti-Korruptions-Maßnahmen, die die öffentliche Verwaltung zum Schutz der Bürger ergreifen sollte.

Die Diskussion über Strategien zur Korruptionsbekämpfung, die die drei ORKB-Leiter im Studio in Washington führten, wurde von Zusehern in Lima (Peru), Asunción (Paraguay) und Tegucigalpa (Honduras) mitverfolgt.

"Dialogue" von WORLDNET ist eine von der US Information Agency in Washington produzierte internationale, interaktive Telekonferenz, die täglich live gesendet wird. Jede Sendung wird über Satellit in ganz Lateinamerika und in der Karibik ausgestrahlt, wobei bis zu drei Orte interaktiv daran teilnehmen können. Das Publikum an diesen interaktiv zugeschalteten Orten besteht meist

aus Angestellten des öffentlichen Dienstes, Vertretern des Privatsektors und den Medien. Der Ablauf der Sendung ähnelt einer Pressekonferenz mit Fragen und Antworten, wobei auch von den Zusehern aus Übersee Fragen gestellt werden. Fragen und Antworten werden simultan ins Spanische und Englische gedolmetscht. Zusätzlich zu diesem unmittelbaren Publikum gibt es auch noch einen erweiterten Zuseherkreis, da regionale Fernseh- und Radiosender mit Satellitenempfänger "Dialogue"-Sendungen für spätere Ausstrahlungen aufzeichnen. Außerdem werden die Kommentare aus den Sendungen auch häufig in Artikeln in Magazinen und Zeitungen zitiert.

Nähere Informationen erhältlich auf der Webpage des GAO oder bei: U.S. GAO, Room 7806, Washington, D.C. 20548 USA (Tel.: 202-512-4707; Fax: 202-512-4021; e-mail: oil@gao.gov).

Prüfungen mit Hilfe des Internets

Eine vom US Government Accounting Office (GAO) durchgeführte landesweite Evaluierung des Status-quo der Superfund-Giftmülldeponien läßt erkennen, wie der Einsatz von moderner Technologie die Prüfungs- und Berichterstattungsmethoden des GAO verändert.

Im Bereich des Umweltschutzes wurde das GAO mit der anspruchsvollen Aufgabe konfrontiert, einen Statusbericht zum Fortschritt der Sanierungsarbeiten auf jenen 1.231 Giftmülldeponien, die auf der Prioritätenliste der Umweltschutzbehörde (EPA) stehen, abzufassen. Dazu war nicht nur das Sammeln von umfassendem Datenmaterial erforderlich, die Herausforderung bestand auch darin, die Resultate in einem leicht zugänglichen Format zu präsentieren.

Anstatt einen Fragebogen an die rund 350 für die Säuberung der 609 noch im Reinigungsprozeß befindlichen Deponien verantwortlichen Manager zu schicken, bediente sich das Evaluierungsteam des Internets, um den Fragebogen zu verteilen und die Antworten einzuholen. In Zusammenarbeit mit hauseigenen Experten für Design,

Methodik und Informationstechnologie gestalteten die Mitarbeiter ein interaktives Umfrageinstrument; dies war das erste Mal, daß das GAO das Internet zur Durchführung einer prüfungsrelevanten Umfrage verwendet hat. Die Ergebnisse der Umfrage wurden in elektronischer Form auf CD-ROM und im Internet veröffentlicht.

Mit der Verwendung des Internets waren sowohl Vor- als auch Nachteile verbunden. Die Aufgabe erforderte eine intensivere Planung im Vorfeld, da noch einige Aspekte in bezug auf die Erstellung eines elektronischen interaktiven Umfrageinstruments, die Ermöglichung einer effektiven Online-Kommunikation, die Verteilung der Fragebögen und Einholung der Antworten via Internet und die Garantie der Vollständigkeit und Sicherheit der Daten in Erfahrung gebracht werden mußten. Aber die Mühe hat sich bezahlt gemacht: innerhalb von nur zwei Wochen erhielt das GAO Antworten von 99 % der Befragten. Außerdem war, da die Daten elektronisch übermittelt wurden, keine zusätzliche Dateneingabe erforderlich, wodurch man sich Wochen wertvoller Prüfungszeit und Kosten für Subunternehmer ersparte.

Mit dieser Aufgabe waren viele wertvolle Erfahrungen verbunden. So entwarfen die Mitarbeiter für jede Deponie einen individuellen Fragebogen, indem sie bestehende Daten über die Deponie aus dem Superfund Management-Informationssystem der EPA in den Fragebogen, der an den betreffenden Manager geschickt wurde, mit einbezogen. Ausgehend von den Antworten des Managers auf bestimmte Schlüsselfragen legte das elektronische Format die spezifischen Fragen fest, die zu einer bestimmten Deponie beantwortet werden mußten. Pull-down Menüs erleichterten es den Befragten, den Fragebogen richtig auszufüllen, und trugen dazu bei, die Exaktheit der Daten sicherzustellen. Das GAO bot auch eine Hilfefunktion an, durch die es den Befragten möglich war, eventuelle Fragen zur Umfrage per e-mail an die Mitglieder des Evaluierungsteams zu übermitteln, die diese Fragen sofort telefonisch oder per e-mail beantworteten.

Die Berichterstattung über die Ergebnisse der Umfrage stellte eine weitere Herausforderung dar. Da ein herkömmlicher, gedruckter Bericht des GAO mit zusammenfassenden Tabellen über die Umfrage mehr als 1.800 Seiten umfassen würde, untersuchte das Team Möglichkeiten, um sowohl Papier zu sparen als auch die Weiterverwendung der Daten zu vereinfachen. Die Lösung war ein kurzer Bericht, in dem die Er-

gebnisse der Umfrage zusammengefaßt wurden (Superfund: Half the Sites Have All Cleanup Remedies in Place or Completed; GAO/RCED-99-245, 30. Juli 1999), begleitet von einer CD-ROM, die den zusammenfassenden Bericht und die Tabellen für die einzelnen Deponien enthält, sowie ein eigener Bereich auf der Website des GAO (<http://www.gao.gov/RCED-99-245/>). Diese Lösung war äußerst kostengünstig. Das

GAO erstellte für den Kongreß 65 CD-ROMs zu einem Preis von 44 Cents pro Stück.

Nähere Informationen sind erhältlich auf der Homepage des GAO oder bei: U.S. GAO, Room 7806, Washington, D.C. 20548 USA (Tel.: 202-512-4707; Fax: 202-512-4021; e-mail: oil@gao.gov).■

Regionale Zusammenarbeit: gemeinsam neue Wege beschreiten

Von Eric Harid, Office of the Comptroller and Auditor General von Simbabwe

Im März 1996 brachte die Entwicklungsinitiative der INTOSAI (IDI) Afrika den Samen für einen Obstbaum, den die englischsprachigen ORKBn im Rahmen ihres regionalen Schulungsausschusses (RTC) pflanzten und gossen. Jetzt hat der Baum zu blühen begonnen. Einige der Blüten sind bereits zu Früchten geworden, und einige der Früchte reifen gerade. Wie das Obst schmecken wird und, wichtiger noch, welchen Nährwert es haben wird, das werden wir bald herausfinden.

Am 31. Mai 1999 wurde in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba der erste Schulungskurs, der von den englischsprachigen afrikanischen ORKBn entwickelt und an die Bedürfnisse ihrer Region angepaßt wurde, mit 25 Teilnehmern aus dreizehn ORKBn der Region abgehalten. Dieser Kurs war der erste in einer Reihe von Modulen zum Thema Wirtschaftlichkeitsprüfung und signalisiert den Beginn des regionalen operativen Schulungsprogramms (ROTP) der englischsprachigen afrikanischen ORKBn.

Das ROTP ist aus dem langfristigen regionalen Schulungsprogramm (LTRTP) entstanden, das von der IDI während eines fünftägigen strategischen Planungsworkshops in Windhoek in Namibia im März 1996 ins Leben gerufen wurde. Die Leiter oder stellvertretenden Leiter von 19 afrikanischen ORKBn, die an diesem Workshop teilnahmen, kamen überein, eine Infrastruktur zur Gewährleistung von Nachhaltigkeit und Durchführbarkeit regionaler und lokaler Schulungsprogramme zu errichten. Mit dieser Infrastruktur hoffen die englischsprachigen afrikanischen ORKBn das Ziel des LTRTP in der Region zu erreichen, nämlich *„den ORKBn dabei zu helfen, ihre Ausbildungsmöglichkeiten zu verstärken und ihre Aktivitäten in bezug auf Schulung und Informationsaustausch zu erweitern.“*

Auf dem Workshop in Namibia wurde ein sechsköpfiger regionaler Schulungsausschuß (RTC) unter dem Vorsitz Simbawes und mit einem Sekretariat in Pretoria in Südafrika gegründet. Während die IDI das LTRTP von ihrem Büro in Kanada aus leitete, ging der RTC dazu über, Pläne für die Weiterführung der LTRTP-Initiative zu machen und an das Konzept der regionalen Zusammenarbeit anzuknüpfen, *„um durch die Verbesserung der Prüfungsleistungen der ORKBn der Region eine Verstärkung der öffentlichen Rechenschaftspflicht und der guten Staatsführung zu erzielen“*. Ein zusammenfassender strategischer Plan, der die Schlüsselemente der geplanten Zusammenarbeit enthielt, wurde auf der am 6. November 1996 in Lahore, Pakistan stattfindenden ersten Versammlung der englischsprachigen afrikanischen ORKBn verabschiedet. Darauf folgte ein regionaler operativer Planungs-

workshop, der im April 1997 in Pretoria, Südafrika abgehalten wurde. Das Ergebnis dieses Workshops war das zuvor genannte regionale operative Schulungsprogramm (ROTP). In der Zwischenzeit war man bemüht, Unterstützung für das Programm zu gewinnen, administrative Kapazitäten aufzubauen und die erforderlichen Kursunterlagen zu erstellen.

Der niederländischen Rechnungshof ist für die Arbeit des RTC von maßgeblicher Bedeutung. Mit Hilfe der IDI nahm der RTC im November 1996 Kontakt mit dem niederländischen Rechnungshof auf, um ihn um Unterstützung bei der Erreichung der Ziele des ROTP zu bitten. Tobias Witteveen, der Generalsekretär des niederländischen Rechnungshofes, leistete sehr wertvolle Hilfe, indem er sich wegen der Finanzierung des Projekts an das niederländische Außenministerium wandte. Das Projekt erhielt auch die nötige Unterstützung vom damaligen Botschafter der Niederlande in Simbabwe Wessels. Das Projekt wurde schließlich im November 1998 genehmigt, worauf die Freigabe der finanziellen Mittel für den Beginn der Schulungsaktivitäten erfolgte.

Als sogenannter *„Satellitenpartner“* im Kooperationsprojekt hilft der niederländische Rechnungshof unter anderem dabei

- Spendenmittel für geplante Aktivitäten über das niederländische Außenministerium zu akquirieren und richtig einzusetzen;
- das Programm zu leiten und Aktivitäten zu koordinieren;
- Schulungsunterlagen in den verschiedenen technischen Ausschüssen auszuarbeiten; und
- Ausbildungskurse abzuhalten sowie gleichzeitig ausgewählte örtliche Instruktoren für diese Aufgabe vorzubereiten.

Insgesamt wurden für 1999 sechs Schulungsveranstaltungen in verschiedenen afrikanischen Ländern geplant. Dazu zählen Kurse in den Bereichen Ordnungsmäßigkeitsprüfungen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen und computergestützte Prüfungen sowie Managementkompetenzen. In den meisten Fällen werden diese regionalen Kurse von Instruktoren aus der Region, die im Rahmen des LTRTP geschult wurden, gemeinsam mit Instruktoren des niederländischen Rechnungshofes abgehalten. Ein weiteres geplantes Projekt zielt darauf ab, mehr Instruktoren auszubilden, um die bestehende Anzahl von Instruktoren und Mitarbeitern in der Kursgestaltung und -entwicklung zu vergrößern.

Weitere Projekte, die für das Jahr 2000 und danach geplant sind, konzentrieren sich unter anderem auf forensische Rechnungsprüfungen, Umweltprüfungen, die institutionelle Entwicklung der ORKB und konstruktive Unterstützung für Rechnungsprüfungsausschüsse. Die Einrichtung eines effektiven Kommunikationsnetzwerks zwischen allen Mitgliedstaaten unter Einsatz moderner Technologien ist vielleicht eines der ehrgeizigsten Projekte des ROTP. Dies wird eine profunde Auswirkung auf die Ergebnisse des Programms haben und dazu beitragen, seine Nachhaltigkeit zu garantieren.

Der IDI-Baum ist noch jung und wird noch viele Stürme überstehen müssen, bevor er fest im Boden verwurzelt ist. Aber er wächst, und aus seinen Stecklingen werden viele neue Bäume entstehen!

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Chairman, Regional Training Committee of English-speaking African SAIs, Office of the Comptroller and Auditor General, P.O.Box CY 143, Causeway, Harare, Simbabwe. ■

Einrichtung staatlicher Rechnungskontrollbehörden in Bosnien-Herzegowina: Die ersten Schritte

von Martin Grimwood, Senior Consultant, International Management Consultants Limited

Hintergrund

Der Staat Bosnien-Herzegowina war früher Teil der Republik Jugoslawien. Abgesehen von einer sehr kurzen Mittelmeerküste, grenzt er im Süden und Westen an die Republik Kroatien und im Norden und Osten an die Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro).

Bosnien-Herzegowina besteht aus zwei Verwaltungseinheiten: der Republika Srpska (mit einer hauptsächlich serbischen Bevölkerung) und der Föderation von Bosnien und Herzegowina (die zehn Kantone umfaßt, einige mit bosnischer Bevölkerung (Moslems), einige mit kroatischer und die übrigen mit gemischter Bevölkerung). Zusätzlich zu den zwei Verwaltungseinheiten und den Kantonen, die zum Großteil über die Steuerhoheit und Ausgabenkompetenz des Landes verfügen, gibt es die gemeinsamen Institutionen des Staates, die bestimmte gemeinsame Funktionen ausüben, wie zum Beispiel das Ausstellen von Pässen.

Aufgrund der in Bosnien-Herzegowina existierenden einzigartigen Kombination einer stark vom Krieg beeinträchtigten Übergangswirtschaft und einer sehr dezentralisierten Struktur, deren Grundlage die äußerst zerbrechlichen Beziehungen zwischen vor kurzem noch kriegführenden ethnischen Gruppierungen sind, wurde für die Oberste Rechnungskontrollbehörde ein ganz besonderes Konzept vorgeschlagen.

Die Weltbank unterstützt die Einrichtung von Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKBn) für die Gebietseinheiten von Bosnien-Herzegowina und für die gemeinsamen Institutionen des Staates als eines der Schlüsselemente ihres Strukturanpassungsprogramms für öffentliche Finanzwirtschaft. Die britische Unternehmensberatung International Management Consultants Limited wurde von der Weltbank ausgewählt, um bei diesem Vorhaben als Sonderberater zu fungieren.

Mit der Einrichtung von unabhängigen externen Finanzkontrollsystemen in Bosnien-Herzegowina soll die Transparenz der Transaktionen, die Rechenschaftspflicht von Beamten und schließlich die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung insgesamt erhöht und damit zu einer Stärkung der Staatsführung beigetragen werden. Die Glaubwürdigkeit der staatlichen Rechnungsabschlüsse wird durch ein wirksames und unabhängiges externes Finanzkontrollsystem bedeutend gesteigert werden.

Maßnahmenpapiere und Seminare

Unsere Arbeit begann im Juni 1998 mit Hintergrundrecherchen in Großbritannien und im INTOSAI-Sekretariat in Wien. Die erste Aufgabe bestand darin, den Staat und die Verwaltungen der Gebietseinheiten bei der Entwicklung von geeigneten staatlichen Finanzkontrollmodellen zu unterstützen. Im Juli 1998 wurden umfassende Diskussionen über die grundsätzlichen Ziele und Konzepte der staatlichen Finanzkontrolle mit zentralen und lokalen Verwaltungsbehörden in beiden Gebietseinheiten Bosnien-Herzegowinas geführt. Auf Grundlage dieser Diskussionen wurden eine Reihe von Maßnahmenpapieren ausgearbeitet, in denen die geplanten organisatorischen Regelungen und alternative Verfahrensweisen festgelegt wurden.

Im November 1998 wurden zwei Seminare in der Föderation (eines für die Kantone und eines für die zentrale Verwaltung der Föderation) sowie ein Seminar in der Republika Srpska (die keine Kantonalverwaltung hat) abgehalten, um die Maßnahmenpapiere zu diskutieren. Diese Seminare boten wertvolles Feedback, um die am besten geeigneten Möglichkeiten zu bestimmen, und zeigten das nach wie vor große Engagement, mit dem die Gebietsverwaltungen an die Errichtung der ORKBn herangingen.

Umsetzung der Vorschläge

An diese Seminare anknüpfend und unter Berücksichtigung der Standpunkte der Teilnehmer wurde ein Papier mit dem Titel "Vorschlag für eine Organisationsstruktur und einen Aktionsplan zur Umsetzung" erstellt und im Dezember 1998 an führende Mitglieder des Staates und der Gebietsverwaltungen übermittelt.

Das Papier enthielt Empfehlungen zur institutionellen und politischen Struktur der ORKBn, des Staates und der Gebietseinheiten und legte einen Aktionsplan für den Aufbau dieser Strukturen fest. Ziel war es, die Zustimmung des Staates und der Gebietsverwaltungen für die zur Einrichtung einer mit den entsprechenden Befugnissen und Mitteln ausgestatteten obersten Rechnungskontrollbehörde erforderlichen Maßnahmen und Aktionen einzuholen.

Anschließend fanden im Januar und Februar 1999 sowohl auf staatlicher Ebene als auch auf Ebene der Gebietseinheiten hochrangige Treffen zur Erörterung der Materie statt. Diese ergaben eine hohe Akzeptanz der Vorschläge und bildeten die

In den Maßnahmenpapieren wurden folgende Themen behandelt:

Hintergrundinformationen: über das Wesen und den Zweck der staatlichen Finanzkontrolle

Papier Nr. 1: Ansätze für die staatliche Finanzkontrolle: erörtert die verschiedenen Organisationsstrukturen externer staatlicher Finanzkontrollinstitutionen: "Gerichtshof", "Kollegialorgan", Verwaltungsdienststelle und unabhängige Kontrollbehörde. Die Empfehlung für Bosnien-Herzegowina sieht unabhängige Kontrollbehörden auf Ebene des Staates und der Gebietseinheiten vor;

Papier Nr. 2: Finanzkontrollinstitutionen in Bosnien-Herzegowina: zeigt auf, wie das Modell der unabhängigen Kontrollbehörde auf Bosnien-Herzegowina angewendet werden kann;

Papier Nr. 3: Verhältnis zwischen Finanzkontrolle und anderen Verwaltungsabläufen: behandelt das Verhältnis zum Parlament, der Regierung und der Verwaltung, der Öffentlichkeit und der internen Kontrolle;

Papier Nr. 4: Gegenstand der Prüfungen: listet die Prüfungsarten auf (Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit); die zu prüfenden Organisationen (empfohlen werden alle Stellen, die staatliche Unterstützung oder Bürgschaften erhalten); und der Einsatz von privaten Prüfungsunternehmen (überall dort, wo diese Unternehmen über die erforderlichen Kenntnisse verfügen, vor allem in kommerziellen Verwaltungsbereichen);

Papier Nr. 5: Rechtlicher und regulativer Rahmen: zeigt die Ebenen auf, wo neue Gesetze erforderlich sind (Verfassung, Finanzkontrollgesetz, Normen der Finanzkontrolle und Finanzverordnungen). Legt auch einige Schlüsselbereiche fest, die von den neuen Gesetzen behandelt werden müssen, wie zum Beispiel: Status und Position des Leiters der ORKB und der ORKB selbst, die Unabhängigkeit der ORKB und ihres Leiters; die Befugnisse der ORKB und ihres Leiters;

Papier Nr. 6: Die Struktur der ORKBn: führt mögliche Strukturen der ORKBn an. Die ORKBn würden zwei Hauptabteilungen umfassen, nämlich "Geschäftspolitik und Administration" (Geschäftsführung, fachliche Unterstützung, Informationstechnologie und Administration) und "operativer Bereich" (zentrale Verwaltung, lokale Verwaltung und öffentliche Unternehmen);

Papier Nr. 7: Personalwesen und Ausbildung: legt fest, welche Mitarbeiter benötigt werden (Leiter und Stellvertreter, fachlich qualifiziertes Prüfungspersonal und Hilfskräfte) und welche Ausbildung erforderlich ist (grundlegende Prüfungskonzepte, Prüfungsverfahren, Prüfungsmanagement, Rolle des ORKB-Leiters, etc.);

Papier Nr. 8: Prüfungsdurchführung: untersucht das Prüfungsmanagement sowie Prüfungsinstrumente und -techniken;

Papier Nr. 9: Management der Prüfungsqualität: untersucht die Schlüsselemente, die erforderlich sind, um eine hohe Prüfungsqualität zu garantieren (Unabhängigkeit, rechtlicher Rahmen, der Prüfungsablauf wurde geplant und entspricht den internationalen Normen, die Mitarbeiter sind fachlich qualifiziert und geschult, und die Berichte sind klar und transparent. Es behandelt auch die Frage, wer die ORKB überprüft, um eine Qualitätskontrolle sicherzustellen); und

die **Deklaration von Lima über die Leitlinien der Finanzkontrolle der INTOSAI:** wurde vollständig zur Information beigelegt.

Grundlage für die weitere Unterstützung seitens der Weltbank.

Beschlossenes Modell

Das beschlossene Modell sieht die Einrichtung von drei ORKBn vor:

- ORKB für die gemeinsamen Institutionen des Staates Bosnien-Herzegowina;
- ORKB für die Föderation Bosnien-Herzegowina (ist auch für die Finanzkontrolle in den Kantonen zuständig); und
- ORKB für die Republika Srpska.

Jede ORKB wird Rechtmäßigkeits-, Ordnungsmäßigkeits- sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchführen. Außerdem sind die ORKBn befugt, auf Anforderung des betreffenden Parlaments oder auf berechtigten Wunsch einer Verwaltungsorganisation Sonderprüfungen durchzuführen.

Die externe Kontrolle durch die ORKBn erstreckt sich auf alle Verwaltungsdienststellen des Staates, der Gebietseinheiten, der Kantone und Kommunen sowie auf andere Unternehmen; Unternehmen oder Organisationen, die teilweise oder vollständig in öffentlichem Besitz sind oder von der öffentlichen Hand kontrolliert werden, für die die öffentliche Hand bürgt, und die aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln von einer externen Organisation auf Darlehens- oder Zuschußbasis finanziert werden.

Jede ORKB übermittelt ihre Prüfungsberichte direkt an die jeweiligen Parlamente. Die Prüfungsberichte der Föderation über die Kantone und Kommunen und deren Organisationen werden dem entsprechenden Kantonalparlament unterbreitet. Alle Berichte werden veröffentlicht.

Zur Vereinfachung der Prüfungen und der Definition von Prüfungszuständigkeiten für Aktivitäten, die über die Gebiets-einheiten und/oder den Staat hinausgehen, d.h. Prüfungen, die in ganz Bosnien-Herzegowina durchgeführt werden, wurde festgelegt, daß für die Durchführung kohärente Gesetze, Prüfungs- und Qualitätsstandards gelten sollen. Auf diese Weise können Kosten für die Erstellung der Fach- und Schulungsunterlagen sowie für system- und verfahrenstechnische Handbücher gemeinsam getragen werden.

Arbeitsgruppen

Als Teil des ursprünglichen Auftrags, erstellte International Management Consultants einen Entwurf für ein Finanzkontrollgesetz sowie Haushaltsentwürfe für die ORKBn. Über diese Entwürfe wurde von einer aus Vertretern der beiden Gebietsverwaltungen und des Staates bestehenden Arbeitsgruppe beraten. Die Arbeitsgruppe traf im März und April 1999 zusammen und erarbeitete einen endgültigen Entwurf für ein Finanzkontrollgesetz und erste Haushaltsentwürfe, die ihren jeweiligen Verwaltungen zur Begutachtung unterbreitet werden.

Die nächste Phase

Seit Mai 1999 überprüfen die Verwaltungen die von der Arbeitsgruppe verfaßten Entwürfe für die Finanzkontrollgesetze und die Haushalte. Sobald diese Überprüfung abgeschlossen und etwaige erforderliche Änderungen vorgenom-

men wurden, werden die Gesetze den jeweiligen Parlamenten vorgelegt. Nach dem sie in Kraft getreten sind, werden die ORKBn eingerichtet und ihre Leiter ernannt.

Um nach der Einrichtung der ORKBn die nötige Koordination der Prüfungsaktivitäten zu erzielen, wird ein Koordinationsausschuß gebildet. Dieser Koordinationsausschuß ist ein Fachausschuß, der sich aus den drei ORKB-Leitern oder deren Vertretern zusammensetzt. Den Vorsitz führt der Leiter der ORKB des Staates, und die Sitzungen finden nach einem fixen Zeitplan zumindest vierteljährlich statt.

Die Aufgaben des Ausschusses bestehen darin, Normen der staatlichen Finanzkontrolle festzulegen, eine gleichbleibende Prüfungsqualität zu gewährleisten, Prüfungsverantwortungen bei gemeinsamen Prüfungen zuzuteilen und die Vertretung in internationalen Gremien zu bestimmen.

Der Koordinationsausschuß wird von einem kleinen Sekretariatunterstützt, das dem Vorsitzenden des Ausschusses unterstellt ist. Die Kosten des Sekretariats und des Ausschusses werden von den ORKBn aufgrund des Volumens ihrer jeweiligen Haushalte oder auf Basis eines anderen noch festzulegenden und gesetzlich zu definierenden Faktors gemeinsam getragen.

Für diesen Prozeß ist der Zeitraum Juni bis September 1999 vorgesehen, wobei die ersten Prüfungsberichte Ende des Jahres veröffentlicht werden sollen.

Nähere Informationen über diesen Entwicklungsprozeß sind vom Autor über e-mail imc@mcgl.co.uk oder im Büro der Weltbank in Sarajewo unter Mbosnia3@worldbank.org oder über diese Zeitschrift erhältlich. ■

Länderprofil: Die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Tschechischen Republik

Von Pavel Smaha, Regionalstellenleiter, Oberste Rechnungskontrollbehörde

Die rasche Abfolge der politischen Ereignisse zu Beginn der 90er Jahre öffnete den Bürgern der Tschechischen Republik das Tor zur parlamentarischen Demokratie, das beinahe ein halbes Jahrhundert lang verschlossen gewesen war. Um das Fortdauern dieser demokratischen Veränderungen zu sichern und die Möglichkeit einer neuerlichen Konzentration der Macht in den Händen einiger weniger von vornherein auszuschließen, sieht die am 16. Dezember 1992 ratifizierte Verfassung der Tschechischen Republik ein ausgewogenes System der Gewaltentrennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative vor. Außerdem wurde in der Verfassung die Oberste Rechnungskontrollbehörde als einzige, unabhängige verfassungsmäßige Einheit zur Überwachung der staatlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung eingeführt.

Die Geschichte der Finanzkontrolle in der Tschechischen Republik (Tschechoslowakischen Republik/ Tschechischen Kronländern)

Bis 1918 waren die tschechischen Kronländer (Böhmen und Mähren) Teil der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Die erste Rechnungskontrollbehörde, die Hofrechnungskammer, wurde 1761 gegründet und wurde 1840 vom obersten Rechnungsprüfungsamt abgelöst; der oberste Rechnungshof war 1866 für die tschechischen Kronländer zuständig, und nach der Gründung der Tschechoslowakei 1918 wurde 1919 die oberste Rechnungsprüfungsbehörde geschaffen.

Die oberste Rechnungsprüfungsbehörde führte Prüfungen der Finanzgebarung, Verwaltungsprüfungen und Staatsprüfungen durch. Die Prüfungen der Finanzgebarung untersuchten die Arbeit der ausführenden Stellen im Hinblick auf die gesetzlichen Vorschriften, wohingegen Verwaltungsprüfungen alle Behörden umfaßten und überprüften, ob Einnahmen und Ausgaben den Gesetzen, Vorschriften und Verordnungen innerhalb des Haushaltsrahmens entsprachen. Staatsprüfungen stellten fest, ob die öffentliche Verwaltung den für eine bestimmte Wirtschafts- oder Rechnungsperiode erstellten Wirtschaftsplan befolgt hatte. Mit Ausnahme einiger Änderungen, die während der Besetzung im zweiten Weltkrieg gemacht wurden, übte diese Behörde ihre Tätigkeit bis 1951 aus. Nach der Machtübernahme der Kommunisten wurde das Ministerium für Staatskontrolle geschaffen, dessen Aufgabe in der Durchführung zentralisierter Verwaltungsdirektiven lag.

In der ersten Hälfte der 50er Jahre übernahm die Tschechoslowakische Republik das sowjetische Modell der zentralen Planwirtschaft. In diesem Zeitraum war die staatliche Rechnungskontrollbehörde ein Organ der zentralisierten Staatsverwaltung, an dessen Spitze ein Minister und damit ein Mitglied der Regierung stand. Ihre Aufgabe bestand darin, die politischen Ziele des Regimes entsprechend dem staatlichen Verwaltungsmodell zu fördern. Nach 1960 wurde das Ministerium durch die Zentrale Kommission für Staatskontrolle und Statistik ersetzt, die neben der Finanzkontrollfunktion auch statistische Aufgaben erfüllte. 1967 wurden diese beiden Funktionen auf zwei gesonderte zentrale Behörden aufgeteilt.

Während der kurzen Reformperiode im Jahr 1968 war die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Tschechoslowakei dem Parlament unterstellt. 1971 führte die Kommunistische Partei ein System von Volkskontrollorganen auf Föderations- und auf Staatsebene ein, die erneut als Instrumente zur Leitung der Belange der Föderation und der Gesellschaft dienten.

Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes durch die "Samtene Revolution" im November 1989 wurde gemeinsam mit anderen demokratischen Veränderungen im Land eine Reihe von Änderungen in der Kontrollfunktion eingeführt. In der ersten Phase wurde das Ministerium für Kontrolle auf Föderationsebene sowie Ministerien für die Tschechische und die Slowakische Republik errichtet. Bedeutende Veränderungen in der Arbeit der staatlichen Rechnungskontrollbehörden fanden auch in der zweiten Phase statt, die nach 1991 begann. Im Januar 1993 wurde die Tschechische Republik ein eigener unabhängiger Staat, und im Juli 1993 wurde die jetzige Oberste Rechnungskontrollbehörde der Tschechischen Republik gegründet.

Der Status und die Zuständigkeiten der Obersten Rechnungskontrollbehörde

In der Verfassung der Tschechischen Republik ist die Oberste Rechnungskontrollbehörde als ausschließlich dem Parlament unterstellte unabhängige Rechnungsprüfungseinrichtung und Kontrollinstitution der Tschechischen Republik verankert. Die Verfassung legt für die Oberste Rechnungskontrollbehörde folgendes fest:

- Sie prüft die staatliche Haushalts- und Wirtschaftsführung.

- Der Präsident der Tschechischen Republik ernennt den Präsidenten und Vizepräsidenten für eine Amtsdauer von 9 Jahren auf Empfehlung der Deputiertenkammer.
- Ihr Status, ihre Zuständigkeiten und ihre Organisation wird vom Gesetz Nr. 163/1993 über die Oberste Rechnungskontrollbehörde definiert, das am 1. Juli 1993 in Kraft getreten ist.

Die Organe und die Organisationsstruktur der Obersten Rechnungskontrollbehörde

Die gesetzlichen Organe der ORKB sind der Präsident und der Vizepräsident. Die Kollektivorgane sind das Kollegium, die Senate und der Disziplinarausschuß.

Das Kollegium setzt sich aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der ORKB sowie aus fünfzehn unabhängigen (politisch gewählten) Mitgliedern der ORKB zusammen. Die Mitglieder leiten die Prüfungstätigkeit und sind verantwortlich für die Erstellung der Berichte (Prüfungsschlußfolgerungen). Die gesetzlichen Befugnisse und die vom Kollegium angenommenen Verfahrensregeln stellen die Richtlinien für die Arbeit der Kollektivorgane der ORKB dar.

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde gliedert sich in folgende drei Hauptabteilungen: die Abteilung für Administration; die Abteilung für zentrale Prüfung (10 spezialisierte Prüfungsabteilungen); und die Regionalbüros. Die ORKB verfügt über 500 Mitarbeiter, von denen 300 in der Zentrale in Prag (Abteilungen für Administration und zentrale Prüfung) tätig sind. Die übrigen 200 arbeiten in 19 Regionalbüros (regionale Prüfungsabteilungen), die über das gesamte Landesgebiet verteilt sind.

Aufgaben der Obersten Rechnungskontrollbehörde

Der Auftrag der ORKB ist es, sicherzustellen, daß verfassungsmäßige Institutionen sowie die Bürger Zugang zu verlässlichen und sachgerechten Informationen über die Verwaltung der öffentlichen Ressourcen und des staatlichen Vermögens haben.

Die Prüfungstätigkeit der ORKB stützt sich auf einen Prüfungsplan, der die Art und den Zeitplan der einzelnen Prüfungen für das folgende Haushaltsjahr festlegt. Der Plan nennt die Zielsetzungen und den Zweck der Prüfungen und bestimmt die zu prüfenden Stellen, den Zeitplan für die Prüfungen, die für die Ausarbeitung der Prüfungsschlußfolgerungen verantwortlichen Kollegiumsmitglieder sowie die ORKB-Abteilungen, denen die Prüfungsschlußfolgerungen zur Annahme vorgelegt werden müssen.

Entsprechende Planung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung von Prüfungen. Daher werden vor dem Beginn jeder Prüfung die erforderlichen Informationen über die Prüfungsziele und über die zu prüfenden Stellen eingeholt, auf deren Grundlage dann die Prüfungspläne ausgearbeitet werden. Gleichzeitig werden auch die Prüfungsziele festgesetzt.

Die Ausarbeitung der Prüfungspläne und die Einteilung der Prüfungsgruppen basiert auf der Evaluierung der erhobenen Daten. Als Teil der Prüfungsplanung werden die Prüfungsgruppen von einem geeigneten Mitglied der ORKB über die Methodik, die organisatorischen Aspekte und die Zeitpläne der Prüfungen unterrichtet.

Nach der Durchführung der Prüfungen werden Prüfungsprotokolle angefertigt, in denen die Prüfungsfeststellungen und die konkreten identifizierten Schwachstellen sowie jegliche Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorschriften festgehalten werden. Die Protokolle werden von den Prüfern und den geprüften Stellen, die von den Feststellungen in Kenntnis gesetzt wurden, unterschrieben. Die geprüften Stellen haben die Möglichkeit, gegen die Protokolle schriftlich Einspruch zu erheben und die Gründe für ihren Einspruch darzulegen. Die Leiter der Prüfungsgruppen der ORKB sind befugt, auf die Einsprüche der geprüften Stellen zu antworten, und im Falle des Vorliegens begründeter Einwände muß das Prüfungsprotokoll geändert werden. Prüfungsfeststellungen können also aufgrund der erhobenen Einsprüche abgeändert werden, allerdings war das bisher nur sehr selten der Fall.

Das Prüfungsergebnis wird auf Grundlage der Prüfungsberichte und anderer relevanter Dokumente zusammengefaßt und in Form von Prüfungsschlußfolgerungen (Bericht), die vom jeweiligen Prüfer gemeinsam mit den entsprechenden, für die Koordination zuständigen Fachabteilungen und Regionalbüros ausgearbeitet wurden, evaluiert. Die endgültige Fassung jedes Berichts muß vom Kollegium oder dem Senat (meist 3-5 Mitglieder) genehmigt werden.

Die ORKB übermittelt alle genehmigten Berichte an die Deputiertenkammer, der es freisteht, aufgrund der Berichte bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Auf Wunsch des Parlaments, der Regierung oder einzelner Ministerien erstellt die ORKB auch Stellungnahmen und Gutachten über geplante Rechtsverordnungen, insbesondere jene, die den Haushalt, die Rechnungsführung, Statistik und Finanzkontrolle sowie Steuerangelegenheiten und Kontrolltätigkeiten betreffen.

Schulung

Die meisten Prüfungsbeamten der ORKB verfügen über einen Universitätsabschluß. Viele haben diverse technische Studienrichtungen absolviert, andere wiederum waren als Beamte in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung tätig.

Kontinuierliche berufliche Weiterbildung ist ein fixer Bestandteil der Arbeit des Prüfungspersonals. Nach ihrer Einschulung absolvieren die Mitarbeiter zusätzliche Kurse, die für ihre Arbeit erforderlich sind. In regelmäßigen Abständen werden wahlfreie und weiterführende Kurse angeboten, Standardkurse werden aktualisiert und neue Kurse hinzugefügt.

Da seit 1996 die meisten Prüfungen computergestützt durchgeführt werden, verfügen sämtliche Prüfer über eigene Notebooks, wodurch eine Ausbildung in Computerkenntnissen zunehmend wichtiger wird. Alle Computer der ORKB sind in

ein lokales Netzwerk integriert, und alle Büros arbeiten mit moderner Netzwerktechnologie und mit modernen Sicherheitssystemen, um die Sicherheit der Kommunikation zu gewährleisten.

Internationale Zusammenarbeit

Die ORKB Tschechiens zeigt großes Engagement in der Zusammenarbeit mit Rechnungskontrollinstitutionen anderer Länder. Sie ist Mitglied der INTOSAI und EUROSAI und veranstaltete 1996 den 3. EUROSAI Kongreß in Prag. Tschechien ist auch Mitglied des EUROSAI-Präsidiums, dessen stellvertretender Vorsitzender der Leiter der tschechischen ORKB bis 1996 war. Von 1996 bis zum 4. EUROSAI Kongreß 1999 führte der Leiter der tschechischen ORKB den Vorsitz bei den Sitzungen des EUROSAI-Präsidiums.

Pläne für die Zukunft

Im strategischen Plan für die nächsten Jahre hat die ORKB Tschechiens folgende Schlüsselziele festgelegt: Schwerpunkt auf Wirtschaftlichkeitsprüfungen; Veranstaltung eines Workshops über die Anwendung von Stichprobenverfahren; Einführung der IDEA Software; Beibehaltung eines hohen Niveaus in allen Prüfungsbereichen; Einführung eines Dokumenten-Managementsystems; Schwerpunkt auf EDV-gestützte Prüfungen.

Weitere Informationen sind erhältlich bei: Oberste Rechnungskontrollbehörde, Regionalbüro Hradec Kralove, Ulrichovo nam. 810, HRADEC KRALOVE, Tschechische Republik (e-mail: Pavel.Smaha@NKU.cz). ■

Neuerscheinungen

Im Mai 1999 veröffentlichte das US General Accounting Office den ersten Zusatz zu den 1994 erschienenen *Government Auditing Standards* (im allgemeinen als das "gelbe Buch" bekannt). Der Zusatz enthält Normen für die Erstellung der Dokumentation, die zur Beurteilung interner Kontrollrisiken für weitgehend auf computergestützten Informationssystemen beruhenden Rechnungsabschlüssen durch einen Prüfer erforderlich ist. Eine elektronische Version des Texts "Documentation Requirements When Assessing Control Risk at Maximum for Controls Significantly Dependent Upon Computerized Information Systems" (GAO/A-GAGAS-1) ist auf der Homepage des GAO unter www.gao.gov, in den Sektionen Policy and Guidance Materials oder Special Publications, oder direkt unter <http://www.gao.gov/govaudit/ybk01.htm> zugänglich; gedruckte Exemplare sind erhältlich bei **The U.S. General Accounting Office, Office of International Liaison-Room 7806, 441 G Street NW, Washington, DC 20548, USA; Fax: ++202-512-4021; e-mail: <oil@gao.gov>**.

Initiativen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Betrug im öffentlichen Sektor sind in der INTOSAI Gemeinschaft nach wie vor ein wichtiges Thema, daher dürften einige neue Publikationen auf diesem Gebiet für die Leser der ZEITSCHRIFT von Interesse sein.

Im April 1994 wurde Dr. Eduardo Roche Lander vom Kongreß der Republik Venezuela für die Amtsperiode von 1994-1998 zum Contralor General der Republik ernannt. Bei seiner Ernennung verpflichtete sich Dr. Roche dem Ziel, die Demokratie und die öffentlichen Institutionen zu stärken und die Dienstleistungen für die Bürger in Venezuela zu verbessern: Im Juni 1999 wurde er für eine weitere 5-jährige Amtszeit wiedervernommen. Zum Abschluß seiner ersten Amtszeit veröffentlichte er ein Buch, das anhand zahlreicher Beispiele aus durchgeführten Prüfungen hervorhebt, welchen Beitrag die venezuelanischen ORKB für die Gesellschaft leisten. Im Vorwort von *En Defensa del Estado La Democracia y El Ciudadano: Cinco Años Contra La Corrupción* (Zum Schutz des Staates, der Demokratie und der Bürger: Fünf Jahre gegen die Korruption) streicht er die Tatsache heraus, daß "...uns allen bewußt war, daß Venezuela eine demokratische, starke und moderne ORKB benötigte." Exemplare des Buchs in spanischer Sprache sind erhältlich bei Contraloría General, Dirección de Información Técnica y Cooperación Internacional, Av. Andres Bello, Edificio, Guaicaipuro, Caracas 1050, VENEZUELA, Tel.: ++ 582-508-3402; Fax: ++582-571-8402.

Das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaften (IIAS) veröffentlichte kürzlich den Tagungsbericht der 1997 veranstalteten Konferenz über Korruption in Politik und Ver-

waltung. Auf dieser Konferenz präsentierten Teilnehmer aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Kamerun, Marokko, den Niederlanden, Nigeria, Portugal, Slowenien, Südafrika, der Türkei und Uganda Berichte und Fallstudien über eine Neustrukturierung des Staates und über die Einführung von neuen Instrumenten zur Bekämpfung von Korruption. Exemplare der Seminarunterlagen sind in Französisch und Englisch zum Preis von rd. 30US\$ beim Büro des IIAS erhältlich: **IIAS-IIAS, 1 rue Defacqzbe 11, B-1000, Brüssel, BELGIEN; Fax: ++32/2-537-97-02; e-mail: <iias@agoranet.be>**.

Das *Working Paper Nr. 98/85 – Does Mother Nature Corrupt? Natural Resources, Corruption, and Economic Growth* (Macht Mutter Natur korrupt? Natürliche Ressourcen, Korruption und Wirtschaftswachstum) des Internationalen Währungsfonds bietet eine interessante Analyse einer potentiellen Verbindung zwischen ausreichend vorhandenen natürlichen Ressourcen und Korruption. Die darin enthaltenen Untersuchungen zeigen einen Zusammenhang zwischen kapitalintensiven natürlichen Ressourcen (z.B.: Öl, Mineralien) und einem verstärkten Auftreten von Korruption sowie zwischen arbeitsintensiven natürlichen Ressourcen (Nahrungsmittel und Landwirtschaft) und einem relativ geringen Vorkommen von Korruption. Unter der Feststellung, daß ein höheres Maß an Recht und Ordnung sowie größere politische Stabilität auch weniger Korruption zur Folge haben, weist die Studie darauf hin, daß eine Verbesserung der Qualität öffentlicher Einrichtungen, einschließlich einer Verstärkung der Finanzkontrolle und der Rechenschaftspflicht zu einem gesteigerten Wirtschaftswachstum und einer verbesserten wirtschaftlichen Entwicklung führen können.

Exemplare dieser Veröffentlichung zu einem Preis von 7US\$ und weitere Publikationen sind erhältlich bei: **IMF Publication Services, Box XS900, IMF, Washington, DC, USA; Fax: ++202-623-7201; e-mail: <publications@imf.org>**.

Die ORKB von Japan gibt in regelmäßigen Abständen eine englischsprachige Version von ausgewählten Artikeln aus ihrer *General Government Review* heraus. Die Ausgabe vom März 1999 beinhaltet Artikel über öffentliche Beschaffungssysteme, Strategien für Entwicklungshilfe im Eisenbahnsektor, Rückzahlung der langfristigen Schulden des Eisenbahnsektors und Versäumnisse in der lokalen Verwaltungsreform nach Methoden des New Public Management. Exemplare der Publikation in Englisch sind erhältlich bei: **Office of Special Programs, Board of Audit, 3-2-1 Kasumigaseki, Chiyoda-gu, Tokyo 100-8941, JAPAN; Fax: ++ 81-3-35-92-1807.■**

Jahresversammlung der IDI

Der Vorstand der Entwicklungsinitiative der INTOSAI hielt seine Jahresversammlung in Ottawa unter dem Vorsitz des Vorstandspräsidenten und kanadischen Auditor General Denis Desautels ab. Da die IDI im Begriff ist, 2001 ihr Generalsekretariat von Ottawa zur ORKB Norwegens nach Oslo zu verlegen, umfaßte die Tagesordnung auch Diskussionen über die planmäßig verlaufende Übersiedlung. Ein weiteres Gesprächsthema war der Abschluß des langfristigen Schulungsprogramms (LTRTP) der IDI. Das LTRTP wurde 1996 ins Leben gerufen, um die regionalen Arbeitsgruppen der IDI durch die Ausarbeitung von umfassenden regionalen Schulungsprogrammen und den dafür nötigen Infrastrukturen zu fördern (nähere Informationen über das LTRTP in den englischsprachigen Ländern Afrikas finden sich im Artikel auf Seite 10). Mit finanzieller Unterstützung von Entwicklungsorganisationen wie der Asiatischen Entwicklungsbank, der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und bilateralen nationalen Hilfsorganisationen aus Dänemark, Kanada, Norwegen und Schweden, wird der LTRTP in allen Regionen vor der Übersiedlung nach Oslo abgeschlossen sein. Weitere Informationen über die Regionalprogramme der IDI und die Übersiedlung nach Oslo sind erhältlich bei: IDI, Suite 1134, 240 Sparks Street, Ontario, Canada Ottawa K1A 0G6 (Tel: 613-995-3766; Fax: 613-941-3587; e-mail: idi@oag-bvg.gc.ca).

Treffen zwischen dem Ausschuß für das Rechnungswesen und dem Public Sector Committee der IFAC

Der Vorsitzende des Ausschusses für das Rechnungswesen (CAS), David M. Walker, Comptroller General der Vereinigten Staaten, nahm im Juli an einem Treffen des Public Sector Committee (PSC) der International Federation of Accountants (IFAC) teil. Im Rahmen des laufenden Dialogs zwischen den beiden Ausschüssen war Walker einer der

Redner auf der Tagung des PSC in Ottawa. Walker informierte den PSC über die derzeitige Arbeit des CAS, die Erstellung von Leitlinien für nationale Rechnungskontrollbehörden zur Ausübung ihrer Rolle als Prüfer von öffentlichen Finanz-, Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsberichten, und erörterte auch die Standpunkte des CAS zu den aktuellen Initiativen des PSC.

Von besonderem Interesse für den PSC waren die Standpunkten des CAS zum Vorschlag, sein Projekt im Bereich der Normen für das Rechnungswesen auf zwei Systeme der Rechnungsführung—Einnahmen/Ausgabenrechnung und Periodenabgrenzung— zu beschränken. Der CAS hat seine Mitglieder innerhalb der INTOSAI um ihre Stellungnahme zu diesem Vorschlag ersucht und wird diese dem PSC übermitteln. Ein nicht zu vernachlässigender vom CAS bereits als Antwort auf den Vorschlag vorgebrachter Punkt ist die Notwendigkeit einer ausreichenden Übergangszeit und gleichzeitiger schrittweiser Hilfestellung für Verwaltungen, die derzeit mit einer Mischform arbeiten und nun vollständig zu einem System der Periodenabgrenzung wechseln wollen.

Publikationen des CAS in fünf Sprachen erhältlich

Die beiden Publikationen des CAS "Rahmenrichtlinien für das Rechnungswesen" und "Anleitung zur Anwendung der Rahmenrichtlinien für das Rechnungswesen: die Berichterstattung einzelner Ministerien und der Verwaltung insgesamt" wurden in Arabisch, Deutsch, Französisch und Spanisch neu veröffentlicht. Die englische Version wurde bereits im offiziellen INTOSAI-Format neu herausgegeben, sodaß nun alle Publikationen des Ausschusses in den fünf offiziellen Arbeitssprachen der INTOSAI verfügbar sind. Exemplare dieser Dokumente und nähere Informationen über die Arbeit des Ausschusses sind erhältlich bei: U.S. General Accounting Office, room 7806, Washington, D.C. 20548 USA (Tel: 202-512-4707; Fax: 202-512-4021; e-mail: oil@gao.gov).

E-Mail-Adressen der ORKBn

In Unterstützung der Kommunikationsstrategie der INTOSAI werden in jeder Ausgabe der *Zeitschrift* die E-Mail/Internet-Adressen von ORKBn, INTOSAI-Programmen und verwandten berufständischen Organisationen veröffentlicht. Ebenso werden die Home-Page-Adressen im World Wide Web (www) aufgelistet. Die ORKBn werden ersucht, die *Zeitschrift* so schnell wie möglich über die Ausstattung mit derartigen Adressen zu benachrichtigen.

INTOSAI Generalsekretariat:

<intosai@rechnungshof.gv.at>;

<http://www.intosai.org>

Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle:

<chases@gao.gov>

INTOSAI Entwicklungsinitiative: <IDI@oag-bvg.gc.ca>

INTOSAI Komitee für EDV-Prüfung:

<cag@giasd101.vsnl.net.in> und

<www.open.gov.uk/nao/intosai_edp/home.htm>

INTOSAI Arbeitsgruppe für Umweltprüfung:

<http://www.rekenkamer.nl/ea>

INTOSAI Arbeitsgruppe für Privatisierung:

<http://www.open.gov.uk/nao/intosai/home.htm>

ASOSAI: <asosai@ca.mbn.or.jp>

EUROSAI: <eurosai@tsai.es>; <http://www.eurosai.org>

OLACEFS: <caso@condor.gob.pe>

SPASAI: <steveb@oag.govt.nz> Albanien: <E-mail:

klsh@albaniaonline.net, mkercuku@albaniaonline.net>;

<WWW: http://pages.albaniaonline.net/klsh>

Algerien: <E-mail: cdc@wissal.dz>;

<WWW: http://eldjazair.net.dz/compte/>

Argentinien: <E-mail: llaver@agn.gov.ar>;

<WWW: http://www.agn.gov.ar>

Armenien: <E-mail: vpal1@parliament.am>

Australien: <E-mail: ag1@anao.gov.au>;

<WWW: http://www.anao.gov.au>

Bangladesch: <E-mail: saibd@citechco.net>

Belgien: <E-mail: webmaster@ccrek.be>;

<WWW: http://www.ccrek.be; http://www.rekenhof.be;

http://www.courdescomptes.be>

Bhutan: <E-mail: raa-md@druknet.net.bt>

Bolivien: <E-mail: cgr@ceibo.entelnet.bo>

Brasilien: <E-mail: arint@tcu.gov.br>;

<WWW: http://www.tcu.gov.br>

Chile: <E-mail: aylwin@contraloria.cl>;

<WWW: http://www.contraloria.cl>

China: <E-mail: cnao@public.east.cn.net>

Costa Rica: <E-mail: inforcgr@cgr.go.cr,

inforcgr@sol.racsa.co.cr>;

<WWW: http://www.cgr.go.cr>

Dänemark: <E-mail: rigsrevisionen@rigsrevisionen.dk>;

<WWW: http://www.rigsrevisionen.dk>

Deutschland: <E-mail: Poststelle@brh.bund.de>;

<WWW: http://www.bundesrechnungshof.de>

Ecuador: <E-mail: mpacheco@uio.conam-pertal.gov.ec>

El Salvador: <E-mail: cdcr@es.con.sv,

cdcrplan@sal.gbm.net>

Estland: <E-mail: riigikontroll@sao.ee>;

<WWW: http://www.sao.ee>

Fidschi: <E-mail: mjacobs@auditorgeneral.gov.fj>

Finnland: <E-mail: kirjaamo@vtv.fi, tapio.leskinen@vtv.fi,

liisa.koivunen@vtv.fi>; <WWW: http://www.vtv.fi>

Frankreich WWW: http://www.ccomptes.fr>

Georgien: <E-mail: chamber@access.sanet.ge>

Grenada: <E-mail: audit@caribsurf>

Griechenland: <E-mail: elesyn@otenet.gr>

Guyana: <E-mail: goalsarran@yahoo.com>

Haiti: <E-mail: lenouvelliste@acn2.net>;

<WWW: http://www.haiticscca.net>

Indien: <E-mail: secycag@cag.delhi.nic.in,

cag@nda.vsnl.net.in>

Indonesien: <E-mail: ketua@bpk.go.id>;

<WWW: http://www.bpk.go.id>

Irland: <WWW: http://www.irlgov.ie>

Island: <E-mail: postur@rikisend.althingi.is>;

<WWW: http://www.rikisend.althingi.is>

Israel: <E-mail: sco@mevaker.gov.il>;

<WWW: http://www.mevaker.gov.il>

Japan: <E-mail: asosai@ca.mbn.or.jp,

kys00366@niftyserve.or.jp>;

<WWW: http://www.jbaudit.admix.go.jp/engl/;

http://www.jbaudit.admix.go.jp/asosai/index.htm>

Jemen: <E-mail: coca@y.net.ye>

Jordanien: <E-mail: Audit.b@nic.net.jo>;

<WWW: http://www.audit-bureau.gov.jo>

Kanada: <E-mail: desautld@oag-bvg.gc.ca,

idi@oag-bvg.gc.ca>;

<WWW: http://www.oag-bvg.gc.ca>

Katar: <E-mail: qsab@qatar.net.qa>

Kirgisistan: <E-mail: whl@mail.elcat.kg>

Kolumbien: <E-mail: jzubieta@contraloriagen.gov.co>;

<WWW: http://www.contraloriagen.gov.co/>

Korea (Republik): <E-mail: koreasai@koreasai.go.kr,

bai_kor@hotmail.com>; <WWW: http://www.bai.go.kr,

http://www.koreasai.go.kr>

Kroatien: <E-mail: dur@zg.tel.hr>;

<WWW: http://www.revizija.hr>

Kuwait:<E-mail: fawziaa@audit.kuwait.net,
training@sabq8.org>
<WWW: http://www.audit.kuwait.net>

Laos (Demokratische Volksrepublik):<E-mail:
darathboupha@laogov.net, somphone@steno.gov.la>

Lettland:<E-mail: lrvk@lrvk.gov.lv>
<WWW: http://www.lrvk.gov.lv>

Libanon:<E-mail: President@coa.gov.lb>

Litauen:<E-mail: lrvk@vkontrolė.lt>
<WWW: http://www.vkontrolė.lt>

Luxemburg:<E-mail: chaco@pt.lu>

Malaysia:<E-mail: jbaudit@audit.gov.my,
webmaster@audit.gov.my>
<WWW: http://www.audit.gov.my>

Mali:<E-mail: papa.toyo@datatech.toolnet.org,
f.traore@datatech.toolnet.org>

Malta:<E-mail: joseph.g.galea@magnet.mt,
nao.malta@magnet.mt>

Marshallinseln:<E-mail: tonyokwe@ntamar.com>

Mauretanien:<E-mail: c.comptes@mauretania.mr>

Mauritius:<E-mail: auditdep@bow.intnet.mu>

Mazedonien:<E-mail: finpolic@mt.net.mk>

Mexiko:<E-mail: cmhasesor@mexis.com>

Nepal:<E-mail: oagnp@mail.com.np>

Neuseeland:<E-mail: oag@oag.govt.nz>
<WWW: http://www.oag.govt.nz>

Nicaragua:<E-mail: continf@ibw.com.ni>

Niederlande:<E-mail: bjz@rekenkamer.nl>
<WWW: http://www.rekenkamer.nl>

Norwegen:<E-mail: riksrevisjonen@riksrevisjonen.no>

Österreich:<E-mail: intosai@rechnungshof.gv.at>
<WWW: http://www.intosai.org,
http://www.rechnungshof.gv.at>

Oman:<E-mail: sages@omantel.net.om>
<WWW: http://www.sgsa.com>

Pakistan:<E-mail: saipak@comsats.net.pk>

Palau:<E-mail: palau.public.auditor@palaunet.com>

Papua-Neuguinea:<WWW: http://home.vicnet.net.au/
~vicaud1/acag/acpng.htm>

Paraguay:<E-mail: ast-cgr@sce.cnc.una.py>

Peru:<E-mail: caso@condor.gob.pe>
<WWW: http://ekeko.rcp.net.pe/CONTRALORIA/>

Philippinen:<E-mail: catli@pacific.net.ph>

Polen:<E-mail: nik@nik.gov.pl>
<WWW: http://www.nik.gov.pl>

Portugal:<E-mail: dg@tcontas.pt>
<WWW: http://www.tcontas.pt>

Puerto Rico:<E-mail: ocpr@coqui.net>
<WWW: http://www.ocpr.gov.pr>

Rumänien:<E-mail: rei@rcc.pnet.ro>

Russische Föderation:<E-mail: sjul@gov.ru>

Sambia:<E-mail: auditorg@zamnet.zm>

Saudi - Arabien:<E-mail: gab@zajil.net.sa>
<WWW: http://www.gab.gov.sa>

Schweden:<E-mail: int@rrv.se>

Schweiz:<E-mail: info@efk.admin.ch>
<WWW: http://www.sfao.admin.ch>

Slowakei:<E-mail: julius@controll.gov.sk>

Slowenien:<E-mail: vojko.antoncic@rs-rs.si>

Spanien:<E-mail: tribunalcta@bitmailer.net,
eurosai@tsai.es>, <WWW: http://www.eurosai.org>

St. Lucia:<E-mail: govtaudit@candw.lc>

Südafrika:<E-mail: auditgen@agsa.co.za>

Thailand:<E-mail: int_rcla@oag.go.th,
oat@vayu.mof.go.th>

Togo:<E-mail: afrosai@ids.tg>

Tschechische Republik:<E-mail: lubomir.volenik@nku.cz>

Türkei:<E-mail: saybsk3@turnet.net.tr,
sayistay.disiliskiler@sayistay.gov.tr, cgurer@hotmail>

Tunesien:<E-mail: emna.aouij@email.ati.tn>

Ukraine:<E-mail: rp@core.ac-rada.gov.ua,
rp@ac-rada.gov.ua>, <WWW: www.ac-rada.gov.ua.>

Ungarn:<E-mail: kovacs@asz.gov.hu>
<WWW: http://www.asz.gov.hu, http://www.asz.hu>

Uruguay:<E-mail: tribinc@adinet.com.uy>
<WWW: http://www.tcr.gub.uy>

Venezuela: <WWW: http://www.cgr.gov.ve>

Vereinigte Arabische Emirate:
<E-mail: saiuae@emirates.net.ae>

Vereinigte Staaten von Amerika:<E-mail: oil@gao.gov>
<WWW: http://www.gao.gov>

Vereinigtes Königreich:<E-mail: nao@gt.net.gov.uk>
<WWW: http://www.open.gov.uk/nao/home.htm>

Zypern:<E-mail: cao@cytanet.com.cy>

Canadian Comprehensive Auditing Foundation:
<http://www.ccaf-fevi.com>

Europäischer Rechnungshof: <euraud@eca.eu.int> und
<http://www.eca.eu.int>

Institute of Internal Auditors: <iia@theiia.org> und
<http://ww.theiia.org>

Internationales Konsortium für Staatliche Haushalts- und
Wirtschaftsführung: <http://financenet.gov/icgfm.htm>

International Federation of Accountants:
<http://www.ifac.org>

INTOSAI-Veranstaltungskalender 1999/2000

Oktober

*AFROSAI Kongreß
Ouagadougou, Burkina Faso
4. bis 8. Oktober*

*OLACEFS Generalversammlung
Asuncion, Paraguay
4. bis 8. Oktober*

*Treffen der Arbeitsgruppe für
Privatisierungen
Warschau, Polen
5. bis 6. Oktober*

*Treffen des Komitees für EDV-Prüfung
Harare, Simbabwe
7. bis 8. Oktober*

*Commonwealth Auditors General
Conference
Sun City, Südafrika
10. bis 13. Oktober*

2000

Januar

*Treffen des Komitees für die Richtlinien
der Finanzkontrolle
London, Vereinigtes Königreich
(genaues Datum wird noch
bekanntgegeben)*

April

Juli

November

*Treffen des Komitees für
Staatsschulden
Mexiko City, Mexiko
11. bis 12. November*

Februar

Mai

*Treffen des Komitees für Interne
Kontrolle
Budapest, Ungarn
8. bis 11. Mai*

*INTOSAI Präsidialtagung
Seoul, Korea
23. bis 25. Mai*

August

Dezember

März

*UN/INTOSAI Seminar
Wien, Österreich
27. bis 31. März*

Juni

September

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und -abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.